



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Liechtenstein-Institut (Hg.)

GEMEINDEN – GESCHICHTE, ENTWICKLUNG, BEDEUTUNG

BEITRÄGE 45/2019

Liechtenstein-Institut (Hg.)

Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung

Beiträge Liechtenstein-Institut
45/2019

Liechtenstein-Institut (Hg.): Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung
Beiträge Liechtenstein-Institut 45/2019

Redaktion: Patricia M. Schiess Rütimann

© Liechtenstein-Institut, Bendern
September 2019

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
<i>Patricia M. Schiess Rütimann</i>	
Die vormoderne Gemeinde in Vaduz und Schellenberg.....	11
<i>Fabian Frommelt</i>	
Kommunale Entwicklung von 1808 bis 1921. Gemeindeorganisation, Kompetenzen und gelebte Praxis	47
<i>Paul Vogt</i>	
Ist das liechtensteinische Gemeindebürgerrecht noch zeitgemäss?	61
<i>Martina Sochin D'Elia</i>	
Die Kompetenzen der Gemeinden bei der Verleihung des Staatsbürgerrechts. Ein Rechtsvergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz	83
<i>Patricia M. Schiess Rütimann</i>	
Liechtensteins Gemeinde- und Landesfinanzen unter besonderer Berücksichtigung von Steuerwettbewerb und Gemeindeautonomie	103
<i>Andreas Brunhart</i>	
Gemeindekooperationen in Liechtenstein und in Vorarlberg. Rechtsgrundlagen und Vergleich	135
<i>Peter Bussjäger</i>	
Autorinnen und Autoren	149

DIE VORMODERNE GEMEINDE IN VADUZ UND SCHELLENBERG¹

Fabian Frommelt

Abstract

Der Begriff «Gemeinde» bezeichnete in der frühneuzeitlichen Grafschaft Vaduz und in der Herrschaft Schellenberg (ab 1719 Fürstentum Liechtenstein) zum einen die beiden überlokalen Gerichtsgemeinden Vaduz und Schellenberg, zum anderen die örtlichen Dorfgemeinden. Letztere sind Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Die Ursprünge der Dorfgemeinde werden – alternativ zum in der liechtensteinischen Literatur vorherrschenden markgenossenschaftlichen Erklärungsmodell – in einem multikausalen, vor allem auf den hoch- und spätmittelalterlichen Wandel der Grundherrschaft abstellenden Ansatz gesucht.

Die (Dorf-)Gemeinde ist in Vaduz und Schellenberg ab dem späteren 14. und frühen 15. Jahrhundert in den Quellen fassbar. Als Gebietskörperschaft mit Rechtspersönlichkeit, Selbstverwaltungsrechten und Satzungshoheit stellte sie in der Vormoderne eine grundlegende soziale, wirtschaftliche und zunehmend auch politische Kategorie der ländlichen Gesellschaft dar. Die Gemeinden (Genossenschaften, Nachbarschaften, Kirchspiele) begegnen früh in Zusammenhang mit Gebietskäufen und -verkäufen sowie als Parteien in Nutzungs-, Grenz- und Wuhrkonflikten vor Gericht. Erste fassbare kommunale Amtsträger waren die Gemeindegewählten und die Kirchenpfleger. Später differenzierte sich das kommunale Ämterwesen stark aus. Oberstes Gemeindeorgan war die Gemeindeversammlung.

Die kommunalen Aufgaben bezogen sich primär auf die Nutzung des Gemeindebodens, der Allmenden, Wälder und Alpen. Aktiv waren die Gemeinden aber auch in der Verwaltung des Kirchenguts, der Armenfürsorge und im Schulwesen. Mit der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Druck auf die dörflichen Ressourcen schottete sich die Gemeinde zunehmend gegen Neuzuzüger ab, wofür sie insbesondere das Hofstattrecht und die Einkaufsteuern nutzte. Zur Durchsetzung der von ihr gesetzten Normen und zur Finanzierung ihrer Aufgaben verfügte sie über ein (begrenztes) Buss- und Besteuerungsrecht.

Die 1809 in Kraft getretene Gemeindeform wird im Beitrag nicht als Beginn oder «Geburtsstunde» der Gemeinde verstanden, wohl aber als Bruch der Gemeindeentwicklung, durch welchen die Gemeinde unter Verlust ihrer Autonomie verstaatlicht und als «politische Gemeinde» in den entstehenden Staat eingebunden wurde. Die kommunale Tradition reicht aber auch in Liechtenstein wesentlich weiter zurück, wobei die vormoderne Gemeinde, gemessen an den frühneuzeitlichen Gegebenheiten, keineswegs defizitär erscheint.

1 Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um die erweiterte Fassung eines am 8.11.2016 im Foyer des Gemeindegemeinschafts Saal gehaltenen Vortrags.

Ab dem 12./13. Jahrhundert entstanden in weiten Teilen Europas städtische und bäuerliche Gemeinden – also «Gemeinschaft[en], die auf einen Ort verdichteter Siedlung mit eigenen Formen der Verfassung bezogen» waren.² Es handelte sich um einen «personale[n] Verband mit örtlicher Radizierung und Befugnissen der Selbstregelung»,³ um «Nachbarschaften mit festen Institutionen, klaren Kompetenzen und eigenen Normen»,⁴ ja, bereits in der Frühen Neuzeit um «Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltungsrechten».⁵ Wesentliche Merkmale der vormodernen Gemeinde bildeten somit 1) der Charakter als körperschaftlicher Personenverband, 2) die Bezogenheit auf einen bestimmten Raum und 3) das Vorliegen von Selbstverwaltungsstrukturen. Die Existenz von (bäuerlichen) Gemeinden leitete sich nicht primär oder ausschliesslich von herrschaftlicher oder – wie bei der modernen, politischen Gemeinde – staatlicher Delegation her. Sie beruhte wenn nicht auf lokaler, bäuerlicher Selbstorganisation,⁶ so doch auf der «Interaktion zwischen Herren und Bauern».⁷

Bis in die Zeit um 1800 bildete die Gemeinde, so Peter Blickle, den «primären gesellschaftlichen Organisationszusammenhang für die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen» in Europa.⁸ Deshalb schlug Blickle den Begriff «Kommunalismus» nicht nur als Wissenschaftsbegriff für die gemeindebasierte Selbstverwaltung von Bürgern und Bauern vor, sondern auch als Epochenbegriff für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit, neben Begriffen wie «Humanismus», «Feudalismus» oder «Absolutismus».⁹ Ob man dem im Einzelnen folgen will oder nicht:¹⁰ Das Kommunalismus-Konzept hat das Bewusstsein für die Bedeutung kommunaler Organisationsformen in der Frühen Neuzeit jedenfalls geschärft.

Die Grafschaft Vaduz und die Herrschaft Schellenberg machten keine Ausnahme. Auch hier blieb die Entwicklung nicht über Jahrhunderte im Stadium der Nachbarschaft – der «Vorstufe der Gemeindebildung»¹¹ – oder der Genossenschaft stehen, auch wenn die liechtensteinische Geschichtsschreibung bisweilen diesen Eindruck vermittelte.¹² Auch hier wurde die Gemeinde ab dem Ende des Mittelalters zu einer zentralen Kategorie des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Dies soll in diesem Beitrag in drei Schritten gezeigt werden: Am Anfang steht das Ende – die Auflösung der vormodernen Gemeinde 1809 (Abschnitt 1). Abschnitt 2 widmet sich der schwierigen Frage der Gemeindegenese und Abschnitt 3 skizziert das kommunale Leben, also die Merkmale, die Organisation und die Tätigkeitsfelder der örtlichen Gemeinden (Dorfgemeinden) in Vaduz und Schellenberg vom Spätmittelalter bis zum Ende der Frühen Neuzeit.

Vorauszuschicken ist, dass sich der Quellenbegriff «*gemeind*» im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit nicht nur auf die lokalen (Dorf-)Gemeinden bezog, um die es im Folgenden geht, sondern auch auf die beiden überlokalen Gerichtsgemeinden und Land-

2 Blickle, 2000, S. VII.

3 Dilcher, 1989, Sp. 1210.

4 Blickle, 2008, S. 62.

5 Fahrmeir, 2007, Sp. 990.

6 Vgl. etwa Blickle, 2000, S. 176: «Kommunalismus ist eine Hervorbringung des Standes der laboratores (Gemeiner Mann)».

7 Wunder, 1986, S. 147, 149.

8 Blickle, 2000, S. VII.

9 Blickle, 2000, S. VII; Blickle, 2007; Blickle, 2008, S. 62–88; Wunder, 1986, S. 151.

10 Blickles Kommunalismus-Konzept löste Kontroversen aus. Übernommen wurde der Begriff z.B. von Reinhard, 2002, S. 240. Eine kritische Haltung vertrat etwa Robert von Friedeburg. Friedeburg kritisierte die «Aufladung» der Gemeinde als «Organisationsform menschlichen Zusammenlebens mit Normen der Rechtsgleichheit», die Übertragung von Begriffen wie «Freiheit» und «Repräsentation» (die ihren modernen Sinn erst in der Spätaufklärung erhielten) auf «ganz anders geartete Phänomene des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts» und Blickles «Dichotomie von Kommunalismus und hierarchischer Fürstenherrschaft», bei welchen es sich, so Friedeburg, «keineswegs um einander ausschließende Pole» gehandelt habe (Friedeburg, 2000).

11 Bader, 1974, S. 52.

12 Zur Gemeindeentwicklung in Liechtenstein vgl. unter anderem Büchel, 1953; Ospelt, 1972, S. 107–114; Ospelt, 1986; Nell, 1987; Ospelt, 1999; Marquardt, 2011; Biedermann, 2012; Ospelt, 2016.

schaften, welche die ganze Grafschaft Vaduz respektive die ganze Herrschaft Schellenberg umfassten. Die jeweilige Bedeutung muss stets aus dem Kontext erschlossen werden. Die überlokalen Gerichtsgemeinden werden in diesem Beitrag ausgeklammert¹³ bzw. nur soweit berücksichtigt, als es mit Blick auf die örtlichen (Dorf-)Gemeinden notwendig ist.

Auch die jeweils besondere Situation der einzelnen Dorfgemeinden wird nicht behandelt. So wird nicht auf die ehemals enge Verbindung von Schaan, Vaduz und Planken¹⁴ oder von Eschen und Gamprin¹⁵ eingegangen, auch nicht auf die Ausbildung der heutigen Gemeindegrenzen. Ausgeklammert wird die Bedeutung der verschiedenen Siedlungsstrukturen wie Dorf-, Weiler- oder Streusiedlung für die besondere Ausprägung der jeweiligen lokalen Gemeinden. Das ist vereinfachend; für lokale Differenzierungen aber ist hier nicht der Platz. Ebenfalls nicht eingegangen wird schliesslich auf die Gemeindereform von 1719 mit ihrer Neueinteilung des Landes in sechs Ämter. Sie wurde, soweit sie sich überhaupt je durchsetzen liess, nach einigen Jahren wieder zurückgenommen.¹⁶

1. Das Ende: Gemeindereform 1809

Die Auflösung des Alten Reiches 1806 befreite die vormaligen Reichsfürsten von den Beschränkungen durch die Reichsverfassung und vom Schutz der Landstände durch die Reichsspitze. Die zur Souveränität gelangten Rheinbund-Fürsten nutzten die neuen Freiheiten für tiefgreifende, am französischen Beispiel orientierte Reformen.¹⁷ Auch Fürst Johann I. von Liechtenstein nutzte die Gelegenheit und regelte «im Stile des absoluten Monarchen» die Verhältnisse in seinem Fürstentum neu.¹⁸

Die vom Fürsten am 7. Oktober 1808 erlassene Dienstinstruktion für den Vaduzer Landvogt Josef Schuppler brachte das Ende der vormodernen Gemeinde in Liechtenstein. Die Aufhebung des «bestandenen Landesgebrauchs» und der «hergebrachten Gewohnheiten» auf den 1. Januar 1809 betraf insbesondere die jahrhundertealten Landschaften und Gerichtsgemeinden Vaduz und Schellenberg, die mitsamt ihren Organen, dem Landammann und dem Gericht, abgeschafft wurden.¹⁹ Die örtlichen «Gemeinden»²⁰ (Dorfgemeinden) aber blieben nicht nur erhalten, sondern wurden enger in den entstehenden Staat eingeordnet: «Mit der Aufhebung des Landsbrauches am 1. Jänner 1809 gingen zwar manche Rechte der Nachbarschaft verloren, durch die Auflösung der Gerichtsgemeinden kamen die Dorfgemeinden aber in die neue rechtliche Stellung der politischen Gemeinde mit eigener, unmittelbar der fürstlichen Obrigkeit unterstellter Verwaltung.»²¹ Nun wurden die Gemeinden zu «staatlichen Selbstverwaltungskörper[n]» bzw. zu «staatliche[n] Verwaltungseinheiten mit «öffentlich-rechtlichem» Charakter, ja, zu «staatliche[n] Organe[n]».²² Niederschlag fand diese Neuorganisation in der als «erstes Gemeindegesetz» verstandenen «Gerichts Instruction für die Gemeinde Vaduz» vom 1. Januar 1810.²³ Diese Verstaatlichung der Gemeinde

13 Vgl. dazu Frommelt, 2000.

14 Vgl. dazu Ospelt, 1999; Ospelt, 2016.

15 Vgl. Schindler, 2011a; Wanger/Schindler, 2011.

16 LI LA AM 4 (10.4.1719): Dienstinstruktion für das Oberamt in Vaduz, hier Caput IV. – Vgl. dazu Kaiser, 1847, S. 507–509; Ospelt, 2010, S. 43–49; Vogt, 2019a.

17 Vgl. Fehrenbach, 1986, S. 79–89.

18 Wille, 2012, S. 1081. Vgl. dazu ausführlich Malin, 1953, ausserdem Frommelt, 2016, S. 32f.

19 LI LA RB G1/1808: Dienstinstruktion für Landvogt Josef Schuppler vom 7.10.1808, Artikel 1mo, vgl. auch Artikel 11tens und 12tens. Vgl. dazu Kaiser, 1847, S. 546–551; Malin, 1953, S. 49f., 55–58; Vogt, 1994, S. 53f.; Ospelt, 2010, S. 49–53.

20 LI LA RB G1/1808: Dienstinstruktion für Landvogt Josef Schuppler vom 7.10.1808, Artikel 13tens.

21 Ospelt, 1972, S. 109.

22 Ospelt, 1986, S. 147, 149f. – Ähnlich: Regierung des Fürstentums Liechtenstein, 1985, S. 1, 3, 5. Vgl. auch Malin, 1953, S. 30–58, bes. 57f.; Nell, 1987, S. 21–23; Marquardt, 2011; Biedermann, 2012, S. 58f.

23 GAV Gerichtsinstruktion (Gemeindegesetz) vom 1.1.1810; Ospelt, 1986, S. 150.

und die damit verbundene Verwandlung von «Selbstverwaltung in Auftragsverwaltung» entsprachen der allgemeinen Entwicklung in Europa.²⁴

In der liechtensteinischen Literatur besteht eine gewisse Scheu, die Begriffe «Gemeinde» oder «Dorfgemeinde» schon in der Zeit vor 1809 für die lokalen, örtlichen Gemeinden zu verwenden und ihnen nicht nur nachbarschaftlich-genossenschaftlichen, sondern kommunalen Charakter zuzubilligen. Zwar hatte Josef Büchel bereits 1953 darauf hingewiesen, dass schon im 15. Jahrhundert der «Dorfgemeinde neben der Gerichtsgemeinde (Landschaft) andere Funktionen übertragen wurden, die den Charakter der politischen Gemeinde ausmachen».²⁵ Auch Alois Ospelt setzte 1972 in der oben zitierten Stelle die Existenz der «Dorfgemeinde» voraus,²⁶ bevorzugte aber später den Begriff «Nachbarschaft» oder «Dorfgenossenschaft».²⁷ Die weitere landeskundliche Literatur folgte ihm darin.²⁸ Stellte Ospelt 1972 noch fest, dass «den Nachbarschaften [...] schon früh politische Funktionen, wie die Armenfürsorge, die Aufnahme von Fremden in die Gemeinschaft, die Erhebung von Bussen, insbesondere das Recht, sich selbst Satzungen zu geben, erwachsen bzw. zuerkannt worden» waren²⁹ – also typische Merkmale der Gemeinde –, formulierte er 1986, dass «dem alten Nachbarschaftsverband (Wirtschaftsgemeinde) mit seinen genossenschaftlichen Aufgaben (Bewirtschaftung des Gemeingutes etc.) [...] nun [1809] neue politische Aufgaben übertragen [wurden], die für den Staat zu leisten waren (Steueranlage, Durchführung seuchenpolizeilicher Vorschriften u. a. m.)».³⁰ Diese terminologische und funktionale Zuordnung – «Nachbarschaft», «Dorfgenossenschaft» und «Wirtschaftsgemeinde» sowie «genossenschaftliche Aufgaben» und «Bewirtschaftung des Gemeingutes» für die Zeit vor 1809, «Gemeinde» und «politische Aufgaben» aber für die Zeit nach 1809 – betonte den Bruch von 1809 so stark, dass erst die damals entstandene «politische Gemeinde» als wirkliche, vollwertige Gemeinde anerkannt wurde. Entsprechend galt nun der 1. Januar 1809 als «Geburtstag unserer heutigen Gemeinden»³¹ respektive als «Geburtstag der elf Gemeinden».³²

Aber weder waren die genannten «neuen politischen Aufgaben» wirklich neu, wie nachfolgend im dritten Teil gezeigt wird, noch haben die Dorfgemeinden erst nun eine «eigene» Verwaltung erhalten. Ganz im Gegenteil, wie dieselben Arbeiten durchaus erwähnen: «In dieser spätabsolutistischen Staatsreform [von 1809] gingen viele dem Volk ehemals zustehende Rechte, wie z.B. die freie Wahl der Gemeindevorsteher (Richter) und die eigene Verwaltung des Gemeindevermögens, verloren».³³ So verdeckt das Wort «Geburtstag» die viel weiter zurückreichende Geschichte der Gemeinde, welche unter dem Begriff «*gemeind*» in den frühneuzeitlichen Quellen fast allgegenwärtig ist.³⁴

24 Reinhard, 2002, S. 240.

25 Büchel, 1953, S. 4.

26 Ospelt, 1972, S. 109.

27 So wurde der Begriff «Dorfgemeinde» in der nahezu identischen Stelle in Ospelt, 1986, S. 149, durch «Dorfgenossenschaft» ersetzt: «Mit der [...] Auflösung der beiden Gerichtsgemeinden kamen die *Dorfgenossenschaften* in die neue rechtliche Stellung von politischen Gemeinden [...]» [Hervorhebung d. Verf.]. Auf S. 148 erwähnte Ospelt das «Eigentum am Gebiet» und die «Gebietshoheit», die Verwaltung und Rechtssetzung (Satzungsrecht) in örtlichen Angelegenheiten, das eigene Vermögen und die Rechtspersönlichkeit der «Nachbarschaft», die zwar «vermehrt politische Funktionen erhalten» habe, aber dennoch «in erster Linie» eine «Genossenschaft» und «Wirtschaftsgemeinde» gewesen sei.

28 In der jüngsten Publikation Alois Ospelts begegnet wieder der Begriff «Dorfgemeinde»: «In den verschiedenen Siedlungen des Kirchspiels [Schaan-Vaduz-Planken] bildete sich früh eine Form der Gemeinde, die sogenannte Dorfgemeinde oder Nachbarschaft.» (Ospelt, 2016, S. 46).

29 Ospelt, 1972, S. 109.

30 Ospelt, 1986, S. 149. Entsprechend in Regierung des Fürstentums Liechtenstein, 1985, S. 4, und in Nell, 1987, S. 21, wo als «neue politische Aufgaben» noch die «Rheinwuhraufsicht» und die «Waldaufsicht» genannt sind.

31 Ospelt, 1986, S. 149; Regierung des Fürstentums Liechtenstein, 1985, S. 4.

32 Nell, 1987, S. 21.

33 Nell, 1987, S. 22. Vgl. Regierung des Fürstentums Liechtenstein, 1985, S. 4.

34 Vgl. die Belege unten in den Abschnitten 2 und 3.

Hier wird deshalb dafür plädiert, den Begriff und das Konzept der Gemeinde *auch* in Liechtenstein *auch* für die Frühe Neuzeit zu verwenden, und zwar nicht nur für die Gerichtsgemeinde, sondern auch für die örtliche Gemeinde (Dorfgemeinde). Dies entspricht der Quellenlage und der allgemeinen Situation in Mitteleuropa. Bestritten wird, dass die vormoderne Gemeinde in Liechtenstein *nur* Wirtschaftsgemeinde, *nur* Genossenschaft, *nur* Nachbarschaft war, ohne das politische Gewicht und Aufgabenspektrum, das die Gemeinde in der Frühen Neuzeit in Europa allenthalben hatte: «Gemeinden», definierte Peter Blickle, «sind Nachbarschaften mit festen Institutionen, klaren Kompetenzen und eigenen Normen», die sich als «gesellschaftliche, wirtschaftliche und schließlich auch politische Realität» im Alten Europa «eingenistet» haben.³⁵

Wichtig bleibt jedoch, dass die «politische Gemeinde» von 1809 zwar ihren Vorläufer in der vormodernen Gemeinde hatte, dass die beiden aber nicht identisch waren: Die «politische Gemeinde» wurden eben vom Staat her definiert, organisiert und kontrolliert, im Unterschied zur stärker von den Gemeindegliedern selbst getragenen und, im Zusammenspiel mit der Obrigkeit, selbst organisierten vormodernen Gemeinde. In dieser Perspektive stellen die Vorgänge von 1809 einen Bruch in der liechtensteinischen Gemeindeentwicklung dar, aber nicht einen Neubeginn im Sinne eines «Geburtstags» der Gemeinde schlechthin.

2. Der Anfang: Gemeindebildung im Spätmittelalter

Dorfgenossenschaft und Dorfgemeinde begegnen in der Grafschaft Vaduz und in der Herrschaft Schellenberg ab dem 14., 15. Jahrhundert. Leider liegen zur hochmittelalterlichen, für die Gemeindebildung (Kommunalisierung) entscheidenden Phase im heute liechtensteinischen Raum kaum Quellen vor, sodass man sich an der allgemeinen und regionalen Entwicklung orientieren muss.

Der Ursprung der Gemeinden wird in der liechtensteinischen Forschungstradition vorwiegend in der «Markgenossenschaft» gesucht, welche in die germanische, ja römische oder gar vorrömische Zeit zurückgereicht haben soll: «Die Nachbarschaften [...] gingen aus der Markgenossenschaft hervor».³⁶ Diese «Markgenossenschaften deckten sich räumlich wohl mit alten Verwaltungseinheiten Churrätens (Hundertschaften, Grosspfarreien)»; «ihre Ursprünge sind in rätischer, etwas besser belegt in römischer Zeit zu suchen».³⁷

Hinter dieser Auffassung steht sichtlich die Lehre von «der Kontinuität der germanischen Markgenossenschaft der Gemeinfreien in den mittelalterlichen Dorfgemeinden».³⁸ Diese Lehre wurde im 19. Jahrhundert von Georg Ludwig von Maurer und Otto Gierke entwickelt. Demnach hätte sich «im Frühmittelalter der gesamte Boden im gemeinschaftlichen Besitz freier Leute befunden, die basisdemokratisch über alle Fragen des Gebrauchs entschieden».³⁹ Diese grossräumigen, mehrere Siedlungen umfassenden Allmendgenossenschaften hätten die «Mark» kontinuierlich bis ins Hochmittelalter gemeinsam genutzt, v.a. die Allmenden und Wälder. Daraus wären dann im Hoch- und Spätmittelalter die bäuerlichen Gemeinden entstanden. Diese Markgenossenschaftstheorie gilt heute indes als «wissenschaftlich überholt», ja als «gelehrte Erfindung des 19. Jahrhunderts».⁴⁰ Maurer habe die

35 Blickle, 2008, S. 62, 64.

36 Ospelt, 1986, S. 148.

37 Ospelt, 1986, S. 147. Entsprechend Regierung des Fürstentums Liechtenstein, 1985, S. 1f., und Nell, 1987, S. 17. Vgl. auch Ospelt, 1972, S. 107f. und Ospelt, 2016, S. 18, 57–59. Die Vorstellung von der frühmittelalterlichen Markgenossenschaft findet sich auch in der neueren landesgeschichtlichen Literatur, etwa in Biedermann, 2012, S. 31. Keinen Bezug auf die Markgenossenschaftstheorie nimmt Marquardt, 2011, der jedoch zur Gemeindegenealogie vage bleibt.

38 Wunder, 1986, S. 142.

39 Brakensiek, 2008, Sp. 34.

40 Wunder, 1986, S. 26, 147, vgl. auch S. 142f. – Dilcher, 1989, Sp. 1210, sah «die Erforschung der ländlichen Gemeindebildung lange überschattet» vom Umstand, dass «von angeblichen Gebilden der germanischen Zeit, v.a.

erst mit dem Landesausbau im Hochmittelalter entstandene und vor allem in der Frühen Neuzeit belegte Markgenossenschaft «ins frühe Mittelalter und in die römische Zeit [...] zurückprojiziert»,⁴¹ um der «beargwöhnten Marktgesellschaft der Moderne eine idealisierte Vergangenheit des deutschen Volkes entgegenzusetzen».⁴²

Gegenüber diesen Vorstellungen herrscht in der neueren Literatur ein multikausaler Erklärungsansatz vor, gemäss dem die Dorfgemeinde neben genossenschaftlichen auch herrschaftliche Wurzeln hatte: «Nachbarschaft» und «Genossenschaft» waren notwendige Grundlagen, ebenso wie das Bevölkerungswachstum, der Landesausbau und die Siedlungsverdichtung im Hochmittelalter. Entscheidende Faktoren waren das Entstehen der Pfarreien, die Gerichtsherrschaft (Vogtei) sowie – besonders – der Wandel der Grundherrschaft.⁴³ Heide Wunder sah die «Herausbildung bäuerlicher Gemeinden» geradezu als «Folge» der «Auflösung der älteren Grundherrschaft».⁴⁴

Diese «ältere», früh- und hochmittelalterliche Fronhof-Grundherrschaft basierte auf der Fronarbeit unfreier Leute auf dem zu einem Herrenhof/Fronhof (*villa, curtis dominica*) gehörenden Land (Salland). Weiter entfernt vom Herrenhof betrieben hörige Bauern selbst kleine Bauernstellen (*mansus*, Hufe), die sie vom Grundherrschaftsherrn gegen die Leistung von Abgaben und Fronarbeiten erhielten und eigenständig bewirtschafteten. Die abhängigen Bauern und das Gesinde des Fronhofs bildeten die Hofgenossenschaft (*familia*). Die Hofgenossen nutzten gemeinsam die zum Hof gehörenden Weiden und Wälder. Sie bildeten einen Rechts- und Gerichtsverband, der ebenfalls eine genossenschaftliche Komponente hatte, insofern die Bauern beim Hofgericht als Urteilsprecher oder Schöffen wirkten. Wenn zum Herrenhof eine Eigenkirche gehörte, bildete die *familia* auch eine Kultgemeinde.⁴⁵

Dieses auch als «zweigeteilte (bipartite) Grundherrschaft» oder als «Villikationsverfassung» bezeichnete System ist in seiner Reinform vor allem in den grossen Grundherrschaften des fränkischen Loire-Rhein-Gebiets nachgewiesen.⁴⁶ Es bildete neben der jüngeren Rentengrundherrschaft eine der beiden Hauptformen mittelalterlicher Grundherrschaft in Europa, die beide jeweils regional unterschiedliche Ausprägungen erfuhren.⁴⁷

Auch für den rätischen Raum bildet «die «klassische» zweigeteilte *villa* mit Salland, Mansen, Abgaben und Frondiensten [...] höchstens einen Idealtypus»,⁴⁸ so Sebastian Grüninger, ein Modell also, an dem die realen Verhältnisse gemessen werden können. In seiner breit angelegten Untersuchung wies Grüninger nach, dass «insbesondere im Churrätischen Reichsgutsurbar» (RU) zahlreiche Besitzkomplexe eine zweigeteilte Struktur aufwiesen. Angesichts der Quellenlage kam er aber zum Schluss, es sei «nur andeutungsweise zu vermuten, dass es auch im frühmittelalterlichen Churrätien Hofverbände gegeben hat, die dem Idealtyp der «klassischen» zweigeteilten *villa* mit ihren charakteristischen Frondiensten auf

der Markgenossenschaft» ausgegangen wurde. Eine ausführliche Kritik in Bader, 1974, S. 130–138; auf S. 92 weist Bader auch die Anknüpfung der Dorfgemeinde an die fränkische Hundertschaft zurück. Ebenfalls ablehnend Rösener, 1991, S. 157; Cordes, 1993; Brakensiek, 2008, Sp. 34.

41 Wunder, 1986, S. 142.

42 Brakensiek, 2008, Sp. 34. Gestützt auf Friedrich Lütge wies Ospelt, 1972, S. 108, eine Interpretation der «Marken [...] [als] Überbleibsel eines agrarkommunistischen Urzustandes» zurück.

43 Bader, 1974, S. 30–114; Sablonier, 1984; Wunder, 1986, S. 26–32, 141–152; Rösener, 1991, S. 157–161; Rösener, Agrarwirtschaft, 1992, S. 27f.

44 Wunder, 1986, S. 66.

45 Bader, 1974, S. 62–69; Wunder, 1986, S. 29–31, 63–66; Rösener, 1991, S. 23–27; Rösener, 1992, S. 7–13; Grüninger, 2005; Blickle, 2006, Sp. 1162f.

46 Rösener, 1992, S. 10.

47 Blickle, 2006, Sp. 1162f.; Rösener et al., 1989 bes., Sp. 1739–1744, 1746–1748.

48 Grüninger, 2006, S. 493.

dem Salland nahe standen.»⁴⁹ Im Graubündner⁵⁰ wie auch im Ostschweizer⁵¹ und Vorarlberger⁵² Raum wird in der Regel von der Existenz der zweigeteilten Fronhof-Grundherrschaft mit der auf einen Herrenhof bezogenen herrschaftlichen Eigenwirtschaft und abhängigen Hufen ausgegangen, wenn auch kaum durchgehend in allen grundherrlichen Verhältnissen.

Und in Liechtenstein? Das Churrätische Reichsgutsurbar – ein 842/843 erstelltes Verzeichnis des Reichsguts (Königsguts) in Churrätien – bietet auch für das heute liechtensteinische Gebiet Anhaltspunkte: Unter anderem werden darin ein Herrenhof/Fronhof (*curtis dominica*) und eine Siedlung (*villa*) in Schaan sowie ein Hof (*curtis*) in Balzers erwähnt, mit zugehörigem Herrenland oder Salland (*terra dominica*) und diversen Hufen (*mansos*), ausserdem Wiesen, Weingärten, Alpen, Mühlen, Wälder und dazu gehörende Kirchen. Ebenfalls im Churrätischen Reichsgutsurbar ist frühmittelalterlicher Besitz des Klosters Pfäfers in Eschen belegt (Kirche, Zehnt, Land).⁵³ Eine Interpretation dieser Belege im Rahmen der älteren, «zweigeteilten (bipartiten) Grundherrschaft» liegt nahe.⁵⁴

In Bendern ist im 5.–7. Jahrhundert ein steinerner Baukomplex von «monumentale[r] Architektur» archäologisch nachgewiesen. Aufgrund seiner Dimensionen stand er jedenfalls in einem herrschaftlichen Zusammenhang. Neben der jüngeren, sakralen Funktion (Kirche ab dem 7./8. Jahrhundert) liegt eine profane Funktion als lokales oder regionales Herrschafts- und Wirtschaftszentrum nahe, auch wenn «*curtis et ecclesi[a]*» (Hof und Kirche) erst 1045 erwähnt sind.⁵⁵ Ein früh- oder hochmittelalterlicher «Gutshof» wird auch in Vaduz vermutet.⁵⁶ Ab dem 10. Jahrhundert sind weitere, klösterliche Höfe in Eschen⁵⁷ und Schaan⁵⁸ belegt, ab dem frühen 13. Jahrhundert auch in Triesen⁵⁹ und Balzers.⁶⁰ In Mauren sind die hochmittelalterlichen Verhältnisse unklarer.⁶¹ Wie weit diese Höfe zeitlich zurückreichen, ist offen. Auch schweigen die Quellen über deren Organisation und Bewirtschaftung. So ist nicht festzustellen, ob auf ihnen (noch) klösterliche Verwalter oder Meier eine herrschaftliche, auch auf Fronarbeit gestützte Eigenwirtschaft betrieben, ob es sich um Hufen handelte oder schon im Hochmittelalter um Lehenhöfe im Rahmen einer reinen Abgabengrundherrschaft.⁶² Dass die Bewirtschaftung der Höfe ohne (hof-)genossenschaftliche

49 Grüninger, 2006, S. 493. – Weniger skeptisch ist Grüninger, 2005: «Das um 840 entstandene Churrät. Reichsgutsurbar nennt Huben, Herrenhöfe und Salland in grosser Zahl, die u.a. in Graubünden und im südl. Teil des Kt. St. Gallen lagen. Hier [...] sind auch früh Frondienste belegt, ein wichtiges Kriterium, um die klass. Grundherrschaft von andern Formen der Agrarverfassung (Rentengrundherrschaft, Gutsherrschaft, Pacht usw.) abgrenzen zu können.»

50 Kaiser, 2008, S. 214–216; Hitz, 2002, S. 222.

51 Sablonier, 1984; Schoch/Zangger, 2003, S. 227–231.

52 Niederstätter, 2014, S. 42, 45.

53 LUB I/1, Nr. 1, S. 41–45 (Auszug).

54 Vgl. Kaiser, 2008, S. 214–216, 290f. (Zitat S. 2014); Vogt, 2011.

55 Faccani, 2016, bes. S. 156–159, Zitat S. 157; LUB I/1, Nr. 4, S. 48–54 (30.1.1045).

56 Ospelt, 2016, S. 19.

57 Schindler, 2011a, nennt in Eschen Höfe des Klosters St. Gallen (896, 1167), des Klosters Petershausen in Konstanz (1016), des Frauenklosters St. Sebastian in Schänis (1045), des Klosters St. Luzi in Chur (1208) sowie der Grafen von Werdenberg-Sargans-Vaduz (1371).

58 965 trat Kaiser Otto I. den – schon im Churrätischen Reichsgutsurbar von 842/843 genannten? – Hof in Schaan an das adelige Damenstift Säckingen ab (Quaderer/Frommelt, 2011).

59 Frommelt/Kindle, 2011, nennen in Triesen einen Hof des Klosters St. Luzi (1208, 1390, 1429) und einen zwischen Triesen und Balzers gelegenen Hof des Klosters Churwalden (1208).

60 Vogt, 2011, nennt in Balzers einen weiteren hochmittelalterlichen Hof des Klosters Churwalden (1208, 1222, 1278). Auch die zur Burg Gutenberg gehörenden Höfe und der mutmassliche Hof in Mäls (Wohnturm bei der Kapelle St. Peter) dürften ab dem 13. Jahrhundert entstanden sein.

61 1178 besass das Frauenkloster St. Sebastian in Schänis in Mauren eine Hufe (*mansus*) (LUB I/1, Nr. 10, S. 60f.: Schutzbrief Papst Alexanders III. vom 24.10.1178). Die Maurer Kirche ist ab Ende des 7. Jahrhunderts archäologisch nachgewiesen, die zu ihr gehörenden Güter sind aber erst im 13. Jahrhundert als Besitz der Herren von Schellenberg fassbar (Frommelt, 2011d).

62 Den 1208 von der päpstlichen Kurie bestätigten Rechts- und Besitzstand des Klosters Churwalden (zu welchem Höfe in Balzers und Triesen gehörten, vgl. Anm. 59 und 60) interpretiert Hitz, 2000, S. 222, «noch als ein System von *curtes*: ein Verband von Fron- oder Meierhöfen».

Nutzungsformen in Feld, Wald, Allmende und Alp ausgekommen sein könnten, ist indes schwer vorstellbar.

Im Hoch- und Spätmittelalter, etwa ab dem 12. Jahrhundert, wurde das Fronhofsystem in Mitteleuropa allmählich durch die Rentengrundherrschaft abgelöst: Die Grundherren bewirtschafteten nur mehr kleine Flächen in Eigenregie (wenn überhaupt) und überliessen den übrigen Boden als Lehen den Bauern, die ihn gegen die Entrichtung von Grundzinsen und weiteren Natural- oder Geldabgaben bewirtschafteten. Es entstand eine zwar immer noch leibeigene, aber relativ selbstständig wirtschaftende Bauernschaft mit stark reduzierter Fronpflicht.⁶³ «Mit der Reduktion oder Aufgabe der herrschaftlichen Eigenwirtschaft und mit der Umwandlung bäuerlicher Arbeitsrentenleistung in Produkte- und Geldabgaben», umriss Roger Sablonier die Entwicklung im Ostschweizer und südwestdeutschen Raum, «verliert die Villikation schon seit Beginn des 13. Jahrhunderts zusehends ihre Funktion als wirtschaftsorganisatorischer Verband. [...] Es entsteht eine auf den Siedlungsverband, nicht mehr auf den Herrschaftsverband bezogene Wirtschaftsorganisation.»⁶⁴

Mit der Auflösung der auf einen Herrenhof bezogenen Wirtschaft übernahm die Nachbarschaft der im entstehenden Dorf zusammenlebenden Bauern die früher von den Hofgenossenschaften ausgeübten Nutzungsrechte in Allmenden und Wäldern. Der Siedlungsverband der allenfalls unterschiedlichen Grund-, Leib- und Gerichtsherren unterstehenden Nachbarn⁶⁵ wurde zur Dorfgenosenschaft: «Mit der Dorfbildung überlagerten kommunale Strukturen die alten Hofverbände», schrieb Sebastian Grüninger.⁶⁶ Am deutlichsten vertreten wurde diese Auffassung von Alfons Dopsch, der «die Dorfgemeinde [...] auf die *familia*, die Hofgenossenschaft zurück[führte], in der er ihre Keimzelle sah.»⁶⁷ Diese Sicht wurde von Roger Sablonier nicht grundsätzlich bestritten, aber relativiert: «Die [dörfliche] Nutzungs-genossenschaft geht keineswegs direkt und linear aus der *familia*, aus der Hofgenossenschaft hervor. Ohne weiteres können aber in verschiedenem Grade hofgenossenschaftliche Elemente in ihr weiterwirken».⁶⁸ Auch Karl Siegfried Bader anerkannte die Bedeutung von Grundherrschaft und Hofgenossenschaft für die Ausbildung von Dorfgenosenschaft und Dorfgemeinde, betonte aber gegenüber einer monokausalen, nur auf die grundherrliche Hofgenossenschaft gestützten Betrachtung die Bedeutung weiterer Faktoren wie insbesondere der Nachbarschaft und der Vogtei- oder Gerichtsgemeinde.⁶⁹

Aber auch wo das Fronhofsystem nie oder schon lange nicht mehr praktiziert worden war und schon im Früh- und Hochmittelalter eine Form der Abgabengrundherrschaft vorgeherrscht hatte, brachte der hochmittelalterliche Strukturwandel dieselben, für die Kommunalisierung grundlegenden Veränderungen: Verbesserung der bäuerlichen Besitzrechte, Fixierung der Abgabepflicht, Reduktion der Fronpflicht und selbstständigeres, individuelles Wirtschaften der Bauern.⁷⁰

Leider ist der geschilderte «Übergangsprozeß» von «einer auf den Herrenhof (Villikation) orientierten zu einer an das Haus gebundenen individuell-genossenschaftlichen

63 Vgl. u.a. Wunder, 1986, S. 63–67; Rösener, 1991, S. 37, 63f., 217–222; Blickle, 2006, Sp. 1162f.

64 Sablonier, 1984, S. 732. Vgl. auch ebd., S. 734, 735, 737, 741; Rösener, 1991, S. 54–73, bes. S. 64; Blickle, 2000, S. 176; Blickle, 2007, Sp. 986.

65 Unterschiedliche herrschaftliche Zugehörigkeit gilt nicht als Hindernis der Gemeindebildung, im Gegenteil: Die Dorfgemeinde «entwickelt sich umso kräftiger, je verworrener die Herrschaftsrechte, je stärker die konkurrierenden Gegensätze der Grund-, Leib- und Gerichtsherren sind» (Bader, 1967, S. 7). Vgl. auch Rösener, 1991, S. 158, und Wunder, 1986, S. 65f.

66 Grüninger, 2005. Vgl. auch Blickle, 1981: «Die wohl entscheidendste Voraussetzung für die Entstehung des Dorfes war die Umgestaltung und Auflösung der alten Villikationsverfassung» (S. 28), wobei es zum «Übergang von der fronhofsorientierten Genossenschaft auf die nachbarschaftlich orientierte Gemeinde» kam (S. 76).

67 Rösener, 1991, S. 159.

68 Sablonier, 1984, S. 738.

69 Bader, 1974, S. 62–90, zur Multikausalität besonders S. 84 sowie S. 37. Vgl. auch Rösener, 1991, S. 160.

70 Rösener, 1991, S. 63f.

Wirtschaftsweise», der zusammen mit der Siedlungsverdichtung im Dorf zur Grundlage des «Kommunalismus», also der Gemeindebildung wurde, «archivalisch nicht schlüssig zu belegen».⁷¹ Dies gilt auch für den heute liechtensteinischen Raum. Mangels aussagekräftiger hochmittelalterlicher Quellen kann das skizzierte hofgenossenschaftliche Entwicklungsmodell nicht nachgewiesen werden. Es soll jedoch als mögliche Alternative zum bislang dominierenden markgenossenschaftlichen Modell ins Spiel gebracht werden. Dieser Ansatz ist im Übrigen auch für Liechtenstein nicht neu: Schon Josef Büchel hatte 1953 das Entstehen von «selbstständige[n] Genossenschaften», von «Nachpurschaften oder Gemeinden» mit der «Auflösung der alten Hofsiedlung» respektive des «ursprünglichen Herrenhof[s]» erklärt, ohne Bezugnahme auf früh- oder hochmittelalterliche Markgenossenschaften.⁷²

In den Quellen besser fassbar als die früh- und hochmittelalterlichen Verhältnisse ist auch in Vaduz und Schellenberg die Weiterentwicklung der Dorfgemeinschaft zur Dorfgemeinde, die sich in einem «gestreckte[n] Prozeß langsamer Verdichtung und Institutionalisierung genossenschaftlicher Beziehungen der Bauern»⁷³ vollzog. Der «Prozeß der Funktionsverlagerung» hin zum über «kollektive Selbstverwaltung und Selbstregulierung» verfügenden Dorf mündete «im 14. bis 16. Jahrhundert in der Übernahme von eigentlichen «staatlichen» Funktionen durch das Dorf, in der Entstehung der Dorfgemeinde als politischer Körperschaft».⁷⁴

Damit ist das Verhältnis von Dorfgemeinschaft und Dorfgemeinde angesprochen: Karl Siegfried Bader definierte «Dorfgemeinschaft» als das «nachbarliche Miteinander einer Vielzahl von Dorfbewohnern [...], vor allem in Fragen der gemeinsamen Nutzung der inneren und äußeren Allmende».⁷⁵ Kern der Sache ist also die «Gemeinschaftsnutzung», womit die «dinglichen Elemente» im Vordergrund stehen.⁷⁶ Die Dorfgemeinde ist demgegenüber der «auf das Dorf radizierte Verband, [der] nicht auf Grund «staatlicher» Delegation, sondern auf Grund aus verschiedenen Wurzeln entstandenen eigenen Rechts, über die Gemeinnutzung hinausgehende Befugnisse in Anspruch nimmt und tatsächlich ausübt»,⁷⁷ besonders «Befugnisse [] der Selbstregelung».⁷⁸ Im Vordergrund stehen bei der Gemeinde somit die «persönlichen Elemente» – die Gemeinde bezieht sich auf «den zwischenmenschlichen Austausch, das persönliche Band» zwischen ihren Mitgliedern.⁷⁹

Grundlegendes Merkmal der Gemeinde ist die Rechtspersönlichkeit: Stand bei der Genossenschaft das gemeinsame Nutzen und Niessen im Vordergrund, war (und ist) die Gemeinde – im Unterschied zur Genossenschaft – eine Gebietskörperschaft mit «selbständige[r] rechtliche[r] Existenz».⁸⁰ Als Körperschaft konnte sie kollektives Eigentum erlangen. Für ihre Selbstverwaltung entwickelte sie eigene Verwaltungsorgane. Ihre Selbstregelungsbefugnisse fanden Ausdruck in der kommunalen Satzungsheftigkeit.⁸¹ Der «Umgang mit den kommunalen Ressourcen» war zwar die wichtigste Aufgabe der Dorfgemeinde.⁸² Sie nahm aber auch darüber hinausgehende Aufgaben wahr.

Eine klare Unterscheidung von Dorfgemeinschaft und Dorfgemeinde gab es dabei im Verständnis der Zeitgenossen nicht: «Was hier als *genossame* erscheint, heisst dort *ge-*

71 Blickle, 2000, S. 176.

72 Büchel, 1953, S. 2f., 9f. Vgl. auch Frommelt, 2011d.

73 Dilcher, 1989, Sp. 1211.

74 Sablonier, 1984, S. 737 und 739.

75 Bader, 1974, S. 29.

76 Bader, 1974, S. 20.

77 Bader, 1974, S. 29.

78 Dilcher, 1989, Sp. 1210.

79 Bader, 1974, S. 20.

80 Bader, 1974, S. 62, 266f., 384–426, Zitat S. 385.

81 Bader, 1974, 266–383; Rösener, 1991, S. 155–176.

82 Troßbach, 2005b, Sp. 1095.

meind», schrieb Bader. Es handle sich «um e i n e n menschlichen Verband und um e i n e Sachgrundlage, über der dieser Verband entsteht, um das D o r f.» Erst in «Spätformen» hätten sich Dorfgenossenschaft und Dorfgemeinde getrennt, in die «Realgemeinde» oder überwiegend privatrechtliche Korporation einerseits und die «politische» oder «Einwohnergemeinde» andererseits.⁸³

Dieser allgemeine Befund bestätigt sich in den Vaduzer und Schellenberger Quellen, in denen die Begriffe «Nachbarschaft», «Genossenschaft» und «Gemeinde» parallel und synonym benutzt werden, wobei sich eine Entwicklung von im 14. Jahrhundert noch stärker personalen Verbänden hin zur körperschaftlichen «Gemeinde» zeigt:⁸⁴ In den frühen Belegen von 1355,⁸⁵ 1378⁸⁶ und 1389⁸⁷ handelten die «Leute» von Schaan-Vaduz, Triesen und Balzers, deren räumliche Verortung durch den Verweis auf die Zugehörigkeit zum «Kirchspiel» oder die «Sesshaftigkeit» im «Dorf» erfolgte. Der Zusatz «*gemeinlich*» betonte bereits den gesamthänderischen Charakter. 1361 erscheinen die «*gebursami und gnossami*» des Kirchspiels Schaan,⁸⁸ also die Bauernschaft des Dorfes «im gemeindlichen sinne»⁸⁹ und die Genossenschaft. 1403 bezog sich der personale Verband auf die soziale Gruppe der «Nachbarn»⁹⁰ bzw. der Nachbarschaft, welche das «soziale Band zwischen den Haushalten» der Dorfsiedlung bildete.⁹¹ Der Begriff «Gemeinde» («*gemaind*») begegnet (im körperschaftlichen Sinn⁹²) erst 1452, hier noch in Verbindung mit «Nachbarschaft»,⁹³ 1458 und 1474 dann als Körperschaft ohne weitere Bestimmung.⁹⁴ Auch die Streusiedlung Triesenberg erscheint 1497 als «*gemain von Trysnerberg*».⁹⁵

Am Eschnerberg zeigt sich etwas verzögert eine ähnliche Entwicklung von personalen hin zu körperschaftlichen Bezeichnungen: 1422 traten die «*kirchgenössen baider kirchspelen gemainlich zu Eschan vnd zu Bendern*»⁹⁶ und 1425 die «*lüt[] alle[] gemainlich de[r] kirchspel*» Eschen, Bendern und Mauren⁹⁷ als Parteien vor Schiedsgerichten auf. 1464 findet sich dann ein «*communitas*»-Beleg für Ruggell⁹⁸ und 1507 ein «Gemeinde»-Beleg für Mauren.⁹⁹

83 Bader, 1974, S. 21–30, Zitat von S. 29 (ähnlich S. 20). Liechtenstein ging 1809 einen anderen Weg und konzipierte die «politische Gemeinde» als Einheitsgemeinde: Die gesonderte Ausscheidung einer «Realgemeinde» ermöglichte erst 1996 das Gesetz über die Bürgergenossenschaft (zur historischen Entwicklung des liechtensteinischen Gemeinderechts im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Schiess Rüttimann, 2015).

84 Vgl. Frommelt, 2000, S. 8–11.

85 LUB I/4, Nr. 9, S. 55–66 (29.10.1355): «*die Erbarne Leüth, alle gemainlich, die in das kilchspill gehören ze Schann*».

86 LUB I/4, Nr. 17, S. 89–95 (7.12.1378): «*allen vnsern lüten sesshaft in Vnserm Dorf zu Trisen, gemainlich wie die genant sind Vnd dem dorfmitenander Vnd allen iren erben Vnd nachkommenn*».

87 LUB I/4, Nr. 19, S. 100–108 (22.8.1389): Schiedsspruch im Markenstreit zwischen Graf Heinrich von Werdenberg-Sargans-Vaduz «*von siner Lüt wegen zu Balzers*» und Graf Donat von Toggenburg wegen seiner Leute zu Fläsch.

88 LUB I/4, Nr. 12, S. 69–73 (20.4.1361).

89 Grimm/Grimm, Bd. 4, 1878, Sp. 1661.

90 LUB I/4, Nr. 34, S. 150–157 (5.12.1403): «*die nächgebur alle gemainlich ze trisen*».

91 Wunder, 1986, S. 27. «Nachbarschaft» konnte den lockeren Zusammenschluss der Nächstwohnenden bezeichnen, aber auch eine «mit Rechtsbefugnissen ausgestattete Organisationsform», im dörflichen Bereich besonders die «haushäbigen Männer [...] der Dorfgemeinde» (Voltmer, 2008, Sp. 1007).

92 Die frühe Erwähnung in LUB I/4, Nr. 9, S. 55–66 (29.10.1355), hier S. 57, ist wohl nicht im körperschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern als «gemeinsamer Besitz» («*ist es ihr baider gemaindt vntz an das Tüefftobel, vnd Sond die selben gemaindt[,] gemainlich Niessen vngefarlich*»).

93 GAT U 26 (11.3.1452): «*gemaind vnd nachburschafft von Trisen*».

94 GATb U 21 (24.8.1615), Insert vom 4.7.1458: «*geschwornne[] vnnd gannze[] gemaindt von Thrysen*» und «*erbare[] lütte[] nachpuren Wallisser[] an dem Thrysnerberg*»; GAS U 3 (1.7.1601), Insert vom 11.7.1474: «*gantze gemaindt von Schaan*» und «*gantze gemaindt von Trissen*».

95 GAT U 16 (5.5.1497): die «*lieben vnd getrüwen ainer genoss von Trysen an ainem vnnd ainer gemain von Trysnerberg anders tails*».

96 GAG U 1 (10.12.1422).

97 GAE III/3 (28.6.1425).

98 PfABe U 6 (7.7.1464).

99 LI LA SchäU 21 (18.1.1507): «*die geschwornen vnnd Hanns Knabenknecht kilchenpfleger der gantzen gemaind vnnd kilchgenossen zu Muren*».

3. Zwischen Anfang und Ende: Gemeindeleben vom 14. bis zum 18. Jahrhundert

Grundlage des bäuerlichen Lebens war über Jahrhunderte die Nutzung von Äckern, Feldern und Wiesen, Gärten und Weingärten, Allmenden, Wäldern und Alpen. Deren Bewirtschaftung erfolgte teils individuell, teils genossenschaftlich. Wo die «Nachbarn» und Dorfgenossen sich eine eigene Verwaltungsstruktur gaben, gemeinsamen Besitz erwarben oder verkauften, Nutzungsregeln erliessen und weitere Belange des dörflichen Lebens regelten, Fremde in die dörfliche Nutzungsgemeinschaft aufnahmen oder abwiesen, als Parteien vor Gericht auftraten oder selbst Bussen verhängten, Steuern erhoben, die Dorfarmen versorgten, das Kirchenvermögen verwalteten und den Schulunterricht organisierten, nahmen sie Aufgaben wahr, die nicht mehr bloss genossenschaftlichen und wirtschaftlichen, sondern kommunalen und im weiteren Sinn politischen Charakter hatten. Inwieweit dies in den frühneuzeitlichen Graf- und Herrschaften Vaduz und Schellenberg der Fall war, wird im Folgenden aufgezeigt. Nicht näher eingegangen wird auf die konkreten Regelungen und die wirtschaftlichen Aspekte der unter Formeln wie «*wunn und weid*», «*trieb und tratt*», «*weg und steg*» bekannten genossenschaftlichen Nutzungsweise.

Zu erinnern ist an den erwähnten Umstand, dass die Kommunalisierung in Vaduz und Schellenberg auf zwei Ebenen erfolgte: Zum einen als Dorfgemeinde auf der hier betrachteten lokalen Ebene des Kirchspiels, der Nachbarschaft oder des Dorfes, zum anderen als Gerichtsgemeinde auf der überlokalen Ebene der Grafschaft Vaduz respektive der Herrschaft Schellenberg. Auch die Gerichtsgemeinde wird in den Quellen als «*gemeindt*» bezeichnet, oder aber als «*landtschafft*». Selbstverwaltungsfunktionen im Gerichts-, Steuer- und Militärwesen waren ganz oder teilweise auf dieser landschaftlichen Ebene angesiedelt und wurden durch den Landammann, das Landschaftsgericht und den Landeshauptmann ausgeübt. Die lokalen Gemeinden waren daran insofern beteiligt, als im zwölfköpfigen Landschaftsgericht je zwei bis drei Gerichtsgeschworene aus jeder Dorfgemeinde Einsitz hatten (auch als Gerichtsleute, Richter oder «des Gerichts» bezeichnet).¹⁰⁰ Die überlokale Gerichtsgemeinde oder Landschaft bleibt im Folgenden ausgeklammert.

3.1 Rechtspersönlichkeit

Ein wesentliches Merkmal der Gemeinde war ihre Rechtspersönlichkeit, also die rechtliche Qualität als Körperschaft. Diese zeigt sich – ausser im Recht auf Abgabenerhebung (vgl. unten Abschnitt 3.5) – vor allem in der Vertrags-, Eigentums-, Partei- und Prozessfähigkeit: «In Vertrag und Rechtsstreit», so Karl Siegfried Bader, erwies sich die Gemeinde «als rechtlich existentes Wesen» und als «politisch wirksame[r] Verband».¹⁰¹

Die Vertrags- und Eigentumsfähigkeit zeigt sich schon früh in Kauf- und Lehenverträgen: 1361 kaufte das «*kilchspel der Gebursami und Gnessami gemainlich zu Schan*» die Alp Gusch¹⁰² und 1378 erwarben das «*dorf*» Triesen und die dort sesshaften Leute die Alp Valüna;¹⁰³ beide Käufe erfolgten «*ze rehtem aigen*». 1355 verliehen die Schaaner einigen Triesenbergern einen Teil der Alp Malbun «*zue ainem rechten erblechen*».¹⁰⁴ Ebenso überliessen die Triesner «*nâchgebur*» 1403 ihr «*aygenn Alpli*» (Äple)¹⁰⁵ und 1406 auch den als ihr «*aigen guot*» bezeichneten Kleinsteg¹⁰⁶ einigen Triesenbergern als Erblehen.

100 Frommelt, 2011c.

101 Bader, 1974, S. 385 und 409.

102 Kaufvertrag vom 20.4.1361 (LUB I/4, Nr. 12, S. 69–73).

103 Kaufvertrag vom 7.12.1378 (LUB I/4, Nr. 17, S. 89–95).

104 Erblehenbrief vom 29.10.1355 (LUB I/4, Nr. 9, S. 55–66).

105 Erblehenbrief vom 5.12.1403 (LUB I/4, Nr. 34, S. 150–157).

106 Erblehenbrief vom 9.7.1406 (LUB I/4, Nr. 38, S. 161–169).

Die Partei- und Prozessfähigkeit ist ab dem 15. Jahrhundert belegt: Wurden die «lüt [...] zu Balzers» in ihrem Grenz- und Nutzungsstreit mit Maienfeld und Fläsch 1389 noch durch Graf Heinrich von Werdenberg-Sargans-Vaduz vertreten,¹⁰⁷ traten die Gemeinden in späteren Grenz-, Nutzungs- und Wuhrkonflikten selbstständig vor Schieds- und anderen Gerichten auf. So erging 1425 ein Schiedsspruch zwischen den «lütten allen gemainlich» der Kirchspiele Mauren, Eschen und Bondern,¹⁰⁸ und 1452 klagten die «ersamen ain gemaind vnd nachburschafft von Trisen» vor dem Gericht in Vaduz.¹⁰⁹ Ein besonders interessanter Fall ereignete sich 1493, als «die geswornn vnd ganntze nachpurschafft des kilchspels zu Trisen» vor dem kaiserlichen Landgericht in Rankweil gegen ihren Landesherrn Freiherr Ludwig von Brandis Klage erhoben und dessen Alprecht in der Triesner Alp Valüna bestritten. Der Freiherr leistete der Ladung seiner Untertanen nach Rankweil Folge – obwohl er aufgrund kaiserlicher Privilegien dazu nicht verpflichtet war – und verlor den Prozess:¹¹⁰ Im erfolgreichen Prozessieren gegen die Obrigkeit zeigt sich die bereits starke Stellung der Dorfge-
meinde.

Die in diesen Beispielen des 14. und 15. Jahrhunderts belegte Vertrags-, Eigentums-, Partei- und Prozessfähigkeit setzte sich in den folgenden Jahrhunderten in diversen Kauf- und Streitfällen fort.

Die Rechtspersönlichkeit der Dorfgemeinde und ihr Selbstverständnis als korporativ verfasste Gemeinschaft fanden auch Ausdruck in der Rechtssymbolik, besonders in Dorfsiegeln, Dorfwappen und – als einfachere Form – Dorfzeichen.¹¹¹ Auch in Liechtenstein ist mit dem «Balzner Förgggle» ein solches Zeichen bzw. Siegel bekannt. Überliefert ist das Zeichen, das eine Heu- oder Mistgabel zeigt, unter anderem auf einer Rheinhintermarke aus dem Jahr 1699 sowie auf einem nicht datierten Papiersiegel aus der Zeit um 1800.¹¹² Die Umschrift des Siegels lautet: «INSIGEL : DER : GEMEIND : BALZERS».¹¹³ Es handelt sich um ein deutliches, wenn auch spätes Zeugnis kommunaler Selbstrepräsentation.

3.2 Gemeindeverwaltung – Gemeindeorgane

Zur Gemeinde gehört wesentlich die Selbstverwaltung durch eigene Organe. Diese übten indes teilweise auch herrschaftliche Funktionen aus, oder die Obrigkeit war bei deren Bestellung in irgendeiner Form beteiligt. Heide Wunder spricht deshalb von der «Janusköpfigkeit der Gemeinde», welche «sehr deutlich in ihren Amtsträgern zum Ausdruck» komme: Die Amtsträger «waren herrschaftlicher und gemeindlicher Herkunft und vereinten in ihrer Person häufig beide Kompetenzen.»¹¹⁴

Die am frühesten erwähnten Gemeindevertreter¹¹⁵ sind die sogenannten «aydswerren» oder «geschworenen». Deren Zahl belief sich je nach Gemeinde auf fünf oder sieben. Sie sind 1393 indirekt in den Kirchspielen Triesen, Schaan-Vaduz und Bondern-Ruggell belegt,¹¹⁶ klarer dann 1403 in Triesen,¹¹⁷ 1428 in Eschen und Bondern,¹¹⁸ 1473 in Balzers, Triesen,

107 Schiedsspruch vom 22.8.1389 (LUB I/4, Nr. 19, S. 100–108).

108 GAE III/3 (28.6.1425).

109 GAT U 26 (11.3.1452).

110 Spruch des Landgerichts Rankweil vom 27.6.1493 (GAT U 22). Vgl. dazu Frommelt, 1999, S. 128f., und Frommelt, 2000, S. 97f. Zur Befreiung der Vaduzer Herren von fremden Gerichten (*privilegium de non evocando*) vgl. Stievermann, 2011.

111 Dazu allgemein Bader, 1974, S. 394–402.

112 Siehe Abb. 1 und Abb. 2.

113 Vgl. Vogt, 1998. Siehe Abb. 2.

114 Wunder, 1986, S. 20.

115 Dazu Tschugmell, 1932; Tschugmell, o.J.

116 LUB I/1, Nr. 147, S. 333–337: Auszug aus dem grossen Urbar des Domkapitels Chur, das 1393 «mit den nachgeburen vnd mit den aydswerren in iedem kirchspel» erneuert wurde.

117 LUB I/4, Nr. 34, S. 150–157 (5.12.1403).

118 GAE II/120 (7.9.1428).



Abbildung 1: Das «Balzner Förggla» auf einer Rheinhintermarke von 1699.
© Gemeinde Balzers, Foto: Martin Walser, Vaduz.

Schaan und Vaduz,¹¹⁹ 1493 in Schellenberg,¹²⁰ 1506 in Mauren,¹²¹ 1562 in Triesenberg,¹²² 1640 in Ruggell,¹²³ 1651 in Planken.¹²⁴ Die meisten Gemeinden verfügten also schon im 15. Jahrhundert über eigene Gemeindeorgane, womit die Kommunalisierung bereits weit vorangeschritten war.

Aufgabe dieser Gemeinde- oder Dorfgeschworenen¹²⁵ – die von den Gerichtsgeschworenen als den zwölf Mitgliedern des landschaftlichen Gerichts unterschieden werden müssen – war die Vertretung der Gemeinde nach aussen, die Friedewahrung im Innern sowie die Aufsicht über das Gemeingut und die Marken. Bei Flur- und Waldfreveln hatten sie geringe Straf- und Bussbefugnisse, ansonsten mussten sie die Frevler beim Gericht anzeigen.¹²⁶

Die Bestellung der Geschworenen erfolgte durch «die nutzungsberechtigten männlichen Einwohner eines Dorfs».¹²⁷ Eine genauere Untersuchung des Bestellungsverganges würde jedoch gewiss Differenzierungen zu Tage bringen. So wurden die fünf Triesenberger Geschworenen «jedes Jahr altem Brauch nach von der gnädigen Herrschaft gesetzt».¹²⁸ Für Balzers ist 1706 erwähnt, dass die Geschworenen von der «*gemeind*» (hier im Sinne der Gemeindeversammlung) gemäss «*herkommens undt stylj*» aus einem Dreivorschlag bestimmt wurden¹²⁹ – leider nicht erwähnt ist, worin Herkommen und Rechtsbrauch (Stil) bestanden, insbesondere wer den Dreivorschlag machte: die Gemeindeleute oder, eher,

119 LI LA U 16 (14.1.1473): «den geschwornen der vier doerffere Schan, Vadutz, Trisen vnd Balltzers». Die Dörfer Vaduz und Schaan hatten also bereits je eigene Geschworene.

120 GASb U 1 (18.11.1493).

121 GAM 618 (17.9.1506).

122 Büchel, 1902, S. 204; Hilbe, 2011.

123 Gassmann/Frommelt, 2011.

124 Wanger, 2006, S. 227.

125 Die Bezeichnung «*gemaindts geschworne*» in LI LA RA 74/134 (o.D., [1684]), Punkt 14; «*dorffs geschworne*» in LI LA AS 1/5, fol. 208r–208v (10.3.1718).

126 Vgl. Kaiser, 1847, S. 225f., 392f.; Burmeister, 2011a.

127 Burmeister, 2011a.

128 Triesenberger Alpodnung von 1562, zitiert nach Büchel, 1902, S. 204. Vgl. Hilbe, 2011.

129 StAA/StiKA A 2924, unfol. (7.6.1706).

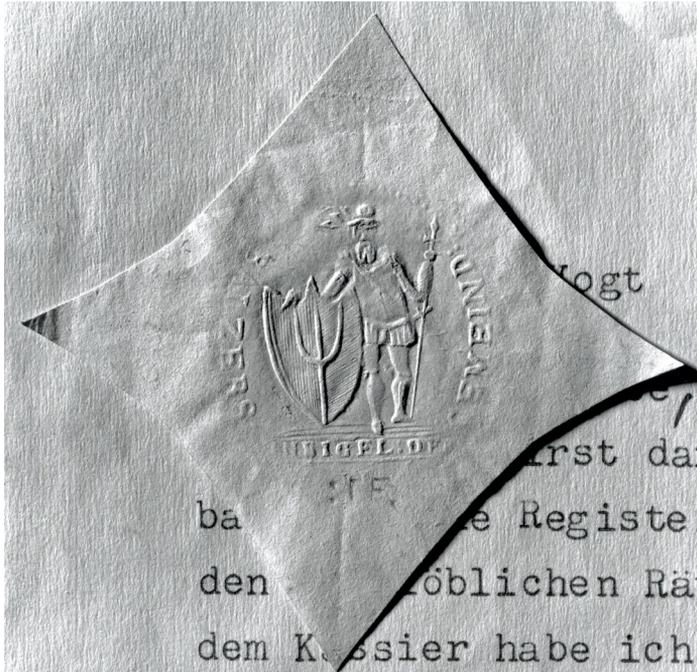


Abbildung 2: Das als Wappenschild dargestellte und von einem Landsknecht gehaltene «Balzner Förgggle» auf einem Siegelabdruck aus der Zeit um 1800. Der von der Originalurkunde abgefallene Siegelabdruck ist angebracht auf einem modernen Schreiben. LI LA B 95/151/001.

die Obrigkeit? Die Vereidigung der Geschworenen («Geschworenenbesetzung») erfolgte jedenfalls vor der «*obrigkeith*» in Vaduz, also vor dem Oberamt.¹³⁰

Ab dem 16. Jahrhundert zeigt sich eine zunehmende Ausdifferenzierung der dörflichen Amtsträger, wobei die Bestellungsverfahren sowie die Aufgaben- und Kompetenzverteilung nicht immer klar sind. Auch war die Ämterstruktur nicht in allen Dorfgemeinden identisch.

Die meist zwei Gerichtsgeschworenen oder Gerichtsleute, durch welche jede Dorfgemeinde im Landschaftsgericht vertreten war, spielten auch in ihren jeweiligen Dorfgemeinden eine bedeutende Rolle, ebenso die Landammänner und Alt-Landammänner und teils auch die Landeshauptleute. Gewählt wurden die Gerichtsleute von der Herrschaft aus einem Dreivorschlag des Landschaftsgerichts (Kooptation), die Landammänner aber von der Landschaft aus einem Dreivorschlag der Herrschaft. Dadurch hatten die Obrigkeit und die Landschaft eine Einflussmöglichkeit auf diese wichtigen Gemeindevertreter, nicht aber die Dorfgemeinde selbst. Dies änderte sich jedoch im 18. Jahrhundert: Nun unterbreitete jene Gemeinde einen Dreivorschlag für einen neuen Gerichtsgeschworenen, aus welcher der ausgeschiedene Richter stammte.¹³¹

Für die Verwaltung der Gemeindefinanzen zuständige Säckelmeister sind ab dem frühen 17. Jahrhundert nachweisbar,¹³² 1615 in Triesen,¹³³ 1716 in Schaan,¹³⁴ 1797 in Mauren.¹³⁵ In Balzers wurde die Einführung des Säckelmeister-Amtes 1710 bei einer Gemeindeversammlung gefordert.¹³⁶ Für den Einzug der «*gemeind steuern*» war in Balzers noch 1709 der «*haußmeister*» zuständig gewesen,¹³⁷ während dafür in Schaan-Vaduz schon 1541 gesonderte «*vegt*» (Vögte) bestanden.¹³⁸ In Triesen sind 1607 «*Steuervögte*», 1777 «*Steuer-*

130 LI LA AS 1/5, fol. 237r (9.7.1718).

131 Malin, 1953, S. 27; Ospelt, 1986, S. 148.

132 Burgmeier, 2011.

133 Tschugmell, o.J., S. 6; Frommelt/Kindle, 2011.

134 LI LA AS 1/5, fol. 161r (11.7.1716), fol. 192r (19.6.1717).

135 Schindler, 2011c.

136 LI LA AS 1/5, fol. 70r (11.9.1710).

137 LI LA AS 1/3, fol. 123r–124r (7.9.1709).

138 LI LA U 52 (13.6.1541). Vgl. Frommelt, 2000, S. 104.

einnehmer » belegt.¹³⁹ 1740 ordnete der fürstliche Kommissar Johann Franz Carl von Velsern an, die jährliche Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben den «*geschwornen gemeind-vögten*» zu übertragen.¹⁴⁰

«Gemeindsvögte» begegnen ab dem späten 17. Jahrhundert: 1682 in Ruggell,¹⁴¹ um 1690 in Mauren,¹⁴² 1699 in Eschen,¹⁴³ 1751 in Triesen,¹⁴⁴ 1795 in Gamprin.¹⁴⁵ Über ihre genaue Stellung und Funktion herrscht keine Klarheit. Schon sehr früh belegt sind die Kirchenpfleger als Verwalter des Kirchengutes der Pfarrei, nämlich ab 1355.¹⁴⁶ Mit den Spendvögten lassen sich ab dem 16. Jahrhundert kommunale Amtsträger im Bereich der örtlichen Armenfürsorge fassen,¹⁴⁷ mit den Schulvögten später auch im dörflichen Schulwesen.¹⁴⁸ Wald- und Alpvögte, Wuhr- und Wegmeister, Flurhirten usw. kümmerten sich um die Nutzung und den Schutz des Gemeinguts.

Unter all diesen dörflichen Amtsträgern kam den Gerichtsgeschworenen eine zusehends zentralere Stellung zu – was der Obrigkeit, die an der Bestellung der Gerichtsgeschworenen massgeblich beteiligt war, eine bessere Kontrolle innerdörflicher Vorgänge erlaubt haben dürfte. Einige Beispiele: Wie schon bei den Lehenvergaben von 1403 und 1406¹⁴⁹ wurde die Gemeinde Triesen auch in einem Wald- und Holzrechtsstreit des Jahres 1573 durch ihre sieben Dorfgeschworenen vertreten – als deren «Beistände» fungierten nun aber die drei (sic!) Triesner Gerichtsgeschworenen.¹⁵⁰ 1711 wurden die Triesner Dorfgeschworenen mit 15 Gulden bestraft, weil sie «*ohn vorwissen der gerichtslieith die gemeindt [Gemeindeversammlung] zuesammen berueffen*» hatten,¹⁵¹ und 1718 wurde ein entsprechender Vorfall sogar als «*auffruhr*» gewertet.¹⁵² Dem entspricht eine den Gerichtsgeschworenen untergeordnete Stellung auch des Gemeindsvogts: Dem für eine unrechtmässige Amtshandlung gebüsst Eschner «*gemeindsvogt*» Johannes Hasler wurde 1699 der Regress bei den Gerichtsleuten zugebilligt, «*weylen er als gemeindsvogt der gerichtslieuth befelch vollziehen musste*».¹⁵³

Der vielschichtige Begriff «*gemeindt*» bezeichnete neben der Korporation der Gemeindeglieder auch deren Versammlung.¹⁵⁴ Die Gemeindeversammlung war das oberste kommunale Beschlussorgan, in welchem die Haushaltsvorstände (die sogenannten «Hausväter», aber auch Witwen) stimmberechtigt waren.¹⁵⁵ Ihre nach dem Mehrheitsprinzip gefällten Beschlüsse konnten je nach Gegenstand allfälligen obrigkeitlichen Genehmigungs- und Mitwirkungsrechten unterliegen. Die Gemeindeversammlung wählte die Geschworenen und die weiteren Gemeinde-«Beamten», hörte die Gemeindeglieder ab und entschied über

139 Tschugmell, o.J., S. 6; Tschugmell, 1971, S. 3.

140 LI LA RA 2/7/11 (24.10.1740), unfol.

141 LI LA RA 74/139 (6.8.1682). Vgl. Gassmann/Frommelt, 2011.

142 Schindler, 2011b; Frommelt, 2011d.

143 LI LA AS 1/4, fol. 21r (4.8.1699); Schindler, 2011a.

144 Büchel, 1902, S. 239f.; Tschugmell, o.J., S. 9.

145 Büchel, 1923, S. 67. Vgl. Wanger/Schindler, 2011.

146 Vgl. unten Abschnitt 3.6.

147 Vgl. unten Abschnitt 3.7.

148 Vgl. unten Abschnitt 3.8.

149 Erlehenbriefe vom 5.12.1403 (LUB 1/4, Nr. 34, S. 150–157) und vom 9.7.1406 (LUB 1/4, Nr. 38, S. 161–169). Vgl. dazu oben.

150 Büchel, 1902, S. 205f.

151 LI LA AS 1/5, fol. 101r (10.12.1711).

152 LI LA AS 1/5, fol. 228v–229r (10.6.1718): Die «*gemeindt Triesen*» habe sich «*erfrächet [...] [und] ohne vorwissen der vorgesezten gerichtslieüthen, welches doch sehr hoch verboten undt eine gestalt einer auffruhr seÿe, gemeindt [Gemeindeversammlung] gehalten*».

153 LI LA AS 1/4, fol. 21r (4.8.1699).

154 Zum Begriffsfeld vgl. Deutsches Rechtswörterbuch, Bd. IV, 1939–1951, Sp. 126–133.

155 Zur Gemeindeversammlung vgl. Bader, 1974, S. 291–297; Troßbach, 2005b, Sp. 1096; Blickle, 2008, S. 70–72. Witwen hatten nach Blickle, 2008, S. 70, als Haushaltsvorstände zwar eine Stimme, wurden aber durch ihre Söhne oder Notare vertreten.

Sachfragen, etwa über die Aufnahme neuer Gemeindegossen, über Käufe oder Verkäufe von Gemeindegut, über den Erlass von Dorfordnungen, den Bau neuer Häuser,¹⁵⁶ über Fragen der genossenschaftlichen Nutzung (z.B. Bannung der Wälder¹⁵⁷) oder über die Durchführung des Gemeinwerks, also der dörflichen Fronarbeiten etwa an den Rheinwuhren.

Da frühneuzeitliche Gemeindeversammlungsprotokolle nicht überliefert sind, finden sich Informationen dazu vor allem in den vereinzelt überlieferten Gemeindeordnungen sowie im Konfliktfall. Umstritten war die prozedurale Frage des Versammlungs- und Einberufungsrechts: Neben den beiden oben erwähnten Triesner Fällen von 1711 und 1718 hatte das Oberamt 1709 in einem Balzner Streitfall explizit die Frage zu beurteilen, «*ob dan die gemeindts leüth ohne beÿsein ihrer gerichtslëüth und geschworne bey einer gemeindt ein mähr [Mehr] machen dörrffe oder könne*», was vom Vaduzer Oberamt verneint wurde: Solches solle «*beÿ keiner gemeind diser herrschafft ohne straff [...] geüebet werden*», lautete der Spruch.¹⁵⁸ Alle drei Fälle belegen das Selbstversammlungsrecht der Gemeinde, wobei das Oberamt das Recht zur Einberufung und Leitung der Versammlung mit Nachdruck den Gemeindebeamten (Geschworene und Gerichtsleute) zuwies.

In allen drei Fällen sind keine Hinweise enthalten, dass auch das Oberamt die Abhaltung einer Gemeindeversammlung bewilligen und anwesend sein musste.¹⁵⁹ Hingegen wurde die Abhaltung einer Gemeindeversammlung gelegentlich vom Oberamt verfügt: 1718 ordnete es an, dass in Triesen «*der gesambten gemeindt innerhalb acht tagen vorgetragen undt darüber das mehr eingeholt werden*» musste, ob die Witwe Erni ihren «*gemeindtsweingarten*» weiterhin nutzen durfte, obwohl sie keine «*gemeindtsarbeith alß wuhren und dergleichen*» leistete, oder ob der Weingarten, wie von den Dorfgeschworenen und Gerichtsleuten beabsichtigt, einem «*jungen kerl*» gegeben werden sollte, welcher die Gemeindegarbeit besser leisten könne. Was «*der mehrere theil der gemeindt*» entschied, sollte gelten.¹⁶⁰ Wie der Entscheid ausfiel, ist nicht bekannt.

Die Fortschritte der Verwaltungstechnik und das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Dorfgemeinden und ihrer Vorgesetzten zeigen sich auch in überlieferten Gegenständen: Neben dem Balzner Gemeindezeichen und -siegel (Balzner Förgggle) sind etwa das 1706 erwähnte Balzner «*gemeindts buech*» zu nennen¹⁶¹ sowie die Triesner Gemeindegtruhe von 1766, welche – sozusagen als erstes Gemeindegarchiv – der Aufbewahrung der Gemeindegurkunden und -dokumente diente. Die Inschrift der Truhe belegt die herausgehobene Stellung der Gerichtsleute im 18. Jahrhundert: «*DVRCH ANORDNVNG GEORG SCHVRTI VND IACOB SPRENGER BEEDE RICHTER DER LÖBLICHEN GEMEINDT TRÛSEN 1766*»¹⁶² – die beiden Gerichtsleute ordneten die Anschaffung der Truhe an, welche wohl in Schurtis oder Sprengers Haus aufbewahrt worden sein dürfte.

3.3 Satzungshoheit

Die Dorfgemeinde verfügte typischerweise über «*die Befugnis [] [...], ihr eigenes Recht zu bewahren und durch neues Satzungsrecht fortzubilden*»,¹⁶³ vornehmlich hinsichtlich der

156 LI LA RA 2/7/10 (September/Oktober 1740), unfol.: Kommissionsprotokoll der Kommission Johann Franz Carl von Velsern.

157 LI LA AS 1/5, fol. 247v–249r (15.10.1718).

158 LI LA AS 1/3, fol. 123r–124r (7.9.1709).

159 Nach Bader, 1974, S. 294, musste die Herrschaft üblicherweise vorgängig über Ort, Zeit und Verhandlungsgegenstände der Gemeindeversammlung informiert werden. Auch hatte sie das Recht, bei der Versammlung zu erscheinen.

160 LI LA AS 1/5, fol. 208r–208v (10.3.1718).

161 LI LA AS 1/3, fol. 67r (4.11.1706).

162 Siehe Abb. 3.

163 Vgl. Bader, 1974, S. 334–342 (Zitat von S. 334). Neben den Weistümern und eigentlichen Dorfordnungen zählt Bader auch «*urkundlich fixierte Schiedssprüche*» und «*Urkunden überhaupt*» zum dörflich gesetzten Recht (ebd., S. 336). Vgl. auch Wunder, 1986, S. 12f., 65f.



Abbildung 3. Die Triesner Gemeindetruhe aus dem Jahr 1766 (Kulturgüter-sammlung der Gemeinde Triesen).

© Liechtensteinisches Landesmuseum,
Foto: Sven Beham.

Kontrolle über die kommunalen Ressourcen.¹⁶⁴ Dabei handelte es sich zum einen um das in den Quellen als «Zwing und Bann» bezeichnete Recht zum Erlass von Geboten und Verboten in Feld und Allmende, Wald und Alp,¹⁶⁵ zum anderen um den Erlass von Dorfordnungen «in einem beschränkten kommunalen Wirkungskreis».¹⁶⁶

«Zwing und Bann» ist ein primär herrschaftliches Recht,¹⁶⁷ welches von den Gemeinden ab dem 15. Jahrhundert zumindest partiell an sich gezogen wurde. Karl Heinz Burmeister sah darin das entscheidende Element der Gemeindebildung in Vorarlberg.¹⁶⁸ Ein erster Beleg für das heute liechtensteinische Gebiet findet sich 1425 in einem Schiedsspruch zwischen Mauren, Eschen und Bendern: Die Leute der drei Kirchspiele sollen einen bestimmten Wald gemeinsam nutzen, aber keine Seite soll die andere «*verbannen noch werren*».¹⁶⁹ In einem Grenz- und Nutzungskonflikt zwischen Eschen und Bendern einerseits und Haag andererseits bestimmte ein Schiedsgericht 1489, dass keine Seite die andere «*vf die weidt zwingen vnnd bannen soll*».¹⁷⁰ Noch deutlicher wurde ein Schiedsgericht 1516, welches der «*gmaind des dorfs Trisan [Triesen]*» das Recht zusprach, «*zwing und baenn zů bruchen und zů schirmen*».¹⁷¹ Eine anderer Bedeutungsgehalt der Formel zeigt sich 1594 im Streit der Eschnerberger Gemeinden um die Weiderechte «in Ruggeller Zwing und Bann gelegen»:¹⁷² «Zwing und Bann» bezeichnete hier den Raum, in welchem der Gemeinde Ruggell diese Befugnis zustand – und damit die Gebietshoheit der Dorfgemeinde.¹⁷³

164 Troßbach, 2005b, Sp. 1095.

165 Vgl. Burmeister, 2011b; Frommelt, 2000, S. 9f.

166 Bader, 1974, S. 335.

167 Vgl. etwa LI LA U 14 (28.11.1458); Büchel, 1916, S. 68f. (16.5.1483); GAM 618 (17.9.1506); VLA 6471 (23.6.1508); ÖStA HHStA AUR (14.7.1510) sowie die Vaduzer und Schellenberger Herrschaftsurbare von 1617/19 respektive 1698 (s. LUB I/4, S. 334, 460).

168 Burmeister, 1988, S. 144–147, sieht die Zwing- und Bann-Rechte in Vorarlberg bis ins 14. Jahrhundert in den Händen der Herrschaft, die deren Ausübung aber im 14. Jahrhundert den Gemeinden überlassen habe. Letztere übten diese Rechte zunächst im Auftrag der Herren, zunehmend aber selbstständig aus. Dass «Zwing und Bann» in den Urkundenformeln jeweils als herrschaftliche Rechte erscheinen, schliesse deren faktische Ausübung durch die Gemeinden nicht aus (ebd., S. 147).

169 GAE III/3 (29.6.1425).

170 GAE III/9 (4.12.1489). Vgl. auch GAS U 7 (20.5.1513), GATb U 32 (30.6.1516), GAE III/17 (19.5.1520).

171 GAS U 8 (1.5.1516). Vgl. Büchel, 1902, S. 194f.

172 Ospelt, 1990, S. 41.

173 Wunder, 1986, S. 76, identifiziert «Zwing und Bann» mit «Gebietshoheit». Zur «Gebietsbezogenheit» der frühneuzeitlichen Gemeinde vgl. auch Blickle, 2007, Sp. 988 («durch feste Grenzen nach außen und innen markierte[r] Raum»).

Deutlicher als in der Ausübung von Zwing und Bann zeigt sich die kommunale Satzungsautonomie im Erlass von Dorfordnungen – auch wenn die Obrigkeit dabei gewisse Mitwirkungs- und Bestätigungsrechte hatte.¹⁷⁴ Solche Dorfordnungen sind auch in Liechtenstein vielfach erwähnt, aber nur zum Teil im Wortlaut überliefert.¹⁷⁵ Darin ging es meist um den Gemeindeboden oder die Gemeindealpen, den Einkauf in den Gemeinudenzen oder das Gemeinwerk. Einige Beispiele:

- 1503 teilten die «*dorffgenossen zu Schaan*» ihre Alpen Gritsch und Guschg zwischen den Dorfteilen St. Lorenz und St. Peter: Nach einer Vermittlung durch den Landesherrn Ludwig von Brandis «*hend sich baid bemeldt theil in guter nachburlicher freundschaft mit einandern der gedachten alppen halber einer ewigen theilung vereint*».¹⁷⁶
- Das Triesenberger Alpstatut von 1562, durch welches die Triesenberger Gemeindealpen entstanden, wurde von Graf Alwig von Sulz auf Bitte der «Gemeindeversammlung» erlassen.¹⁷⁷
- Deutlicher zeigte sich die Satzungsautonomie der Gemeinde 1638 in Ruggell, als «*die erbare gemaind Ruggel durch gehaltenes mehr ainhelliglichen entschlossen unnd vereinbareth*», dass alle Haushaltungen «*in der gantzen gemeind Ruggel*» bestimmte Wuhrarbeiten am Rhein leisten mussten und das dadurch gewonnene Auland an die einzelnen Häuser zur Nutzung ausgeteilt werde. Die Herrschaft war nur insofern beteiligt, als der «*vertrag*» vom Vaduzer Landvogt gesiegelt wurde.¹⁷⁸
- Häufiger und zentraler Punkt solcher Gemeindeordnungen war die Regelung des Zugangs zum ausgeteilten Gemeindeboden. 1727 beschlossen beispielsweise die «*gesamte Gemeindts-Leute*» von Ruggell «*wohlbedächtlich und einhelliglich*» folgende Punkte: Gemeindeteile durften nicht verkauft werden. Nach dem Tod des «*Vatters*» fielen die Gemeindeteile an jenen Sohn – und falls keine Söhne vorhanden waren, an jene Tochter –, der oder die das elterliche Haus übernahm. Beim Wegzug aus der Gemeinde, oder falls Erben fehlten, fiel die «*Gemeindts-Theillung*» an jenen Gemeindegossen, der am längsten «*auf das Wuhr gegangen*» war, aber noch keinen Gemeindeteil hatte – allerdings hatte er dafür eine Gebühr zu bezahlen. Gebühren mussten auch auswärtige, nach Ruggell einheiratende Männer entrichten, um sämtliche Gemeindeteile ihrer Frauen (Witwen oder berechnigte Töchter) nutzen zu können. Konnte aber ein Einheiratender nicht mindestens 150 Gulden «*der Gemeinde baar aufweisen*», sollte er «*mit der Hausfrauen ein Hintersäss seyn und verbleiben*» – also keinen oder nur beschränkten Gemeinudenzen genießen.¹⁷⁹
- 1741 errichteten die «*vorsteher einer ehrsamen gemeindt Triesen [...] nach vorher gangner und sich und sammentlichen gemeindtsleüten gepflogener verabredung und einmüthiger einstimmung*» eine «*gemeindsordnung*» betreffend die «*erbauung neuer häuser*»: Zwecks Vermeidung künftiger «*streitigkeiten, gezänk und uneinigkeiten*» sowie zur Schonung der Wälder erlaubte diese älteste liechtensteinische Gemeindebauordnung die Errichtung eines neuen Hauses oder Stalles nur auf einer bereits bestehenden «*haus- oder stallhofstatt*», verpflichtete zur Rücksichtnahme auf die Nachbarn und enthielt Regelungen zum Feuerschutz, zur Bauaufsicht durch die «*gerichtsleüte[] und geschwornen*» sowie zur Freihaltung der beiden Dorfplätze.¹⁸⁰ Diese von der Gemeinde selbst beschlossene und von der Obrigkeit nur bewilligte und bestätigte

174 Bader, 1974, S. 340.

175 Vgl. Büchel, 1953, S. 16–18 und passim.

176 GAS U 141a (12.3.1503).

177 Büchel, 1902, S. 203–205; Hilbe, 2011.

178 GAR U 17 (3.3.1638).

179 Ruggeller Gemeindeordnung vom 15.5.1727, zitiert nach Büchel, 1953, S. 16f.

180 GAT B 5a, S. 177–180 (2.6.1741). Vgl. dazu Büchel, 1902, S. 238f.; Büchel, 1932, S. 44f.

Ordnung ging deutlich über blossе genossenschaftliche Nutzungsfragen hinaus und belegt eine im weiteren Sinn politische Kompetenz der Gemeinde.

3.4 Buss- und Strafrecht

Die Gemeinden wachten selbst über die Einhaltung der von ihnen in den Dorf- und Flurordnungen erlassenen Regeln. Bei Verstössen konnten sie Bussen und Strafen verhängen. Schon 1493 bestätigte das Eschnerberger Landschaftsgericht das kommunale Buss- und Strafrecht: Die «*geschwornen der nachpurschafft zů Schellenberg*» brachten vor, dass es Streit gebe, weil sie gelegentlich Bussen und Strafen verhängten. Sie baten deshalb um ein «*vrtail, vmb zů erfahren, wie sy [...] straffen soellend oder ob sie [...] [überhaupt] zů straffen habend*». Darauf sprach das Gericht: Da die «*nachpurschafft zů Schellenberg geschworne[] habe*», solle es bei den «*büssen [...] die [sie] machend, [...] beliben*». Die Geschwornen sollten diejenigen, die sich nicht daran hielten, «*zů straffen haben [...] nach irem gůt duncken*».¹⁸¹ Der Fall deutet darauf hin, dass sich die Institution der Geschworenen und deren Buss- und Strafrechte in der kleinen Gemeinde Schellenberg noch nicht gefestigt hatten und also jüngeren Datums waren.

200 Jahre später zählte das nun konkret umrissene Buss- und Strafrecht der Gemeindevorgesetzten zu den althergebrachten Gemeinderechten: In seiner Rede bei der Huldigung an Fürst Johann Adam I. von Liechtenstein im Jahr 1712 forderte Alt-Landammann Basil Hopp im Namen aller Untertanen, «*bey ihrig alt hergebrachten privilegien, indulten, recht und gerechtigkeiten*» geschützt zu werden, wozu auch gehöre, dass die «*gemaind vorgesezte und geschworne mit bott und verbott, auch gegen dem ungehorsamben mit der straf biß auf daß 3 Lb. d. [Pfund Pfennig] verfahren mögen, damit felder und wälder, steg und weeg, marcken und der [...] in bewlichen ehren, erhalten werden*».¹⁸³

Ein darüber hinausgehendes «Dorfgericht» ist in Vaduz/Schellenberg nicht erkennbar. Grössere Frevel und strafrechtlich relevante Vergehen hatten die Dorfgeschworenen beim Landschaftsgericht anzuzeigen (in welchem die Dorfgemeinden wie erwähnt vertreten waren), später beim oberamtlichen Verhörtag.

3.5 Gemeinde und Steuer

Die Landschaften Vaduz und Schellenberg bildeten seit dem 15. Jahrhundert je eine Steuergenossenschaft.¹⁸⁴ Diese hatten die sogenannte Landsteuer oder Behebte Steuer gemeinsam aufzubringen und dem Landesherrn abzuliefern. Die Steuer wurde zunächst auf die einzelnen Dorfgemeinden und von diesen auf die einzelnen Steuerpflichtigen umgelegt. Die Umlage und der Einzug der Steuer in den Gemeinden erfolgte durch die kommunalen «*stúrer*»,¹⁸⁵ «Steuervögte» oder «*Steuer-einnehmer*». Dasselbe Umlageverfahren galt auch beim sogenannten Steuer-Schnitz, einer im späten 16. Jahrhundert eingeführten Steuer, die der Deckung der Reichs- und Kreislasten diente.¹⁸⁶

Die bedeutende Rolle der Dorfgemeinden im Rahmen dieser Steuergenossenschaften zeigt sich in einem Steuerkonflikt von 1473, als die «*lantschafft vnd stúrgenossen*» der Grafschaft Vaduz nicht durch Landammann und Gericht, sondern durch die Geschworenen der vier Dörfer Schaan, Vaduz, Triesen und Balzers vertreten wurden.¹⁸⁷ 1493 gaben sich

181 GASb U 1 (18.11.1493).

182 Hier scheint ein Wort zu fehlen.

183 ÖStA HHStA RHR Jud. Den. Rec. 264/1, fol. 371r–388v, hier fol. 374r und 376r (20.6.1712). Drei Pfund Pfennig oder drei Gulden entsprachen in etwa dem Wert eines Schafes oder sechs Tageslöhnen eines Handwerkers.

184 Zur Steuergenossenschaft oder Steuergemeinde allgemein Bader, 1974, S. 243–246.

185 LI LA U 17 (21.11.1493).

186 Vgl. Frommelt, 2000, S. 101–112; Frommelt, 2011f.

187 LI LA U 16 (14.1.1473).

die genannten vier «*dærffer*» mit Einverständnis der Brandisischen Herrschaft eine Steuerordnung, welche «*bys vff ain wyder rueffen ainer herschafft oder ainer gemaind der genanten dærffer vnd genossammy*» gelten sollte.¹⁸⁸

Durch diese Selbstverwaltungsrechte im Steuerbereich wurden die Landschaften und die Dorfgemeinden in den Dienst der protostaatlichen Territorialverwaltung gestellt.¹⁸⁹ Wie beim Bussrecht wird deutlich, dass die Gemeinde gegenüber ihren Mitgliedern Zwang ausüben konnte.

Der «körperschaftliche Charakter» der Gemeinde zeigt sich aber besonders im Recht, «zur Gewährleistung ihrer Aufgaben Abgaben [zu] erheben».¹⁹⁰ Ein Beispiel für die kommunale «Steuerhoheit (in eigener Sache)»¹⁹¹ sind die Schuldensteuern des 17. und 18. Jahrhunderts. Dazu gehört die Lichtmess- oder Brandsteuer in Schaan, Vaduz und Planken: Kurz vor Ende des Dreissigjährigen Krieges erpressten die Schweden von den Vaduzer und Schellenberger Gemeinden eine Brandschatzung von 8'000 Talern (12'000 Gulden).¹⁹² Zur Bezahlung ihres Anteils nahmen Schaan, Vaduz und Planken an Lichtmess 1647 ein Darlehen von 3'000 Gulden auf.¹⁹³ Den Jahreszins von 180 Gulden finanzierten sie durch die Lichtmesssteuer, die auf die drei beteiligten Dörfer umgelegt wurde: 1669 entfielen auf Schaan 65 Gulden, auf Vaduz 40 Gulden und auf Planken 15 Gulden.¹⁹⁴ Der Zins war jeweils an Lichtmess durch den «*gemeinsamblich und eigens erwehlenden liechtmessß steür einziecher*» zu bezahlen. 1762 wurde das Kapital zurückbezahlt, womit der Grund für Lichtmesssteuer entfiel.¹⁹⁵

Dass kommunale Steuern auch zu anderen Zwecken erhoben wurden, zeigen etwa die um 1706 in Balzers «*wegen des riedlegraben[s]*» sowie «*wegen [...] der visitierung*» der Pfarrei durch den Bischof von Chur «*angelegte steür*».¹⁹⁶ Vertreter der Dorfgemeinden waren auch an der jährlichen Festsetzung der «*weinsteuer*» beteiligt, welche ihrerseits der Berechnung der Konsumsteuer auf alkoholische Getränke (Umgeld) diene.¹⁹⁷

3.6 Gemeinde und Kirche

Die Deckung der Kosten einer bischöflichen Visitation durch Gemeindesteuern verweist auf das Naheverhältnis von Pfarrei und Gemeinde.¹⁹⁸ Dieses zeigt sich insbesondere in der Verwaltung des Kirchenguts durch kommunale Kirchenpfleger, aber auch im Streben der Gemeinde nach einer Beteiligung an Patronatsrechten und in deren Einsatz für eine angemessene Seelsorge.

Kirchenpfleger sind sehr früh erwähnt, zuerst 1355 die «*kilchenmayer*» an der St. Laurentiuskirche in Schaan,¹⁹⁹ 1406 der «*kylchenpfleger*» in Triesen,²⁰⁰ 1446 die «*kilchenmayer*» in Eschen, Bendern und Mauren,²⁰¹ 1507 der «*kilchenpfleger*» in Mauren.²⁰² Dabei han-

188 LI LA U 17 (21.11.1493).

189 Troßbach, 2005b, Sp. 1096.

190 Blickle, 2007, Sp. 988.

191 Blickle, 1981, S. 83.

192 Kaiser, 1847, S. 430; Küng, 2011.

193 GAS U 21 (2.2.1647): Schuldverschreibung für Rudolf von Salis.

194 GAS U 44/7 (1669, 1674): «*brandt stür bericht zedel*». Der Zinssatz betrug 6 % und der Jahreszins somit 180 Gulden; weshalb 1669 und 1674 nur 120 Gulden bezahlt wurden, ist unklar.

195 GAS U 131 (12.6.1753): Schuldverschreibung für Abundus Beeli von Belfort (Umschuldung), mit Nachtrag vom 2.3.1762.

196 Erwähnt in StAA/StiKA A 2924, unfol. (7.6.1706).

197 Vgl. Ospelt, 1972, S. 242f. mit Anm. 120, 405f. Vgl. auch GAS U 56 (o.D. [Februar/März 1684]); ÖStA HHStA RHR Jud. Den. Ant. 96/1, fol. 135r–140v (o.D. [23.3.1684]); GAS U 55 (o.D. [23.3.1684]); LI LA RA 74/134 (o.D. [23.3.-29.3.1684]), fol. 6r–6v; LI LA AS 1/4, fol. 80v (22.11.1700), 97v (22.11.1701), 128v (27.11.1702), 152r (20.9.1703), 159v (8.11.1704), 195r (26.11.1705), 220r (5.11.1706), 312r (21.11.1711).

198 Vgl. Bader, 1974, S. 182–213; Saulle-Hippenmeyer, 1997; Ospelt, 1999a.

199 LUB I/4, Nr. 9, S. 55–66 (29.10.1355).

200 LUB I/4, Nr. 38, S. 161–169 (9.7.1406).

201 PfAE U 5 (7.11.1446).

202 LI LA SchÄU 21 (18.1.1507).

delte es sich um Laien aus der jeweiligen Pfarrei. Sie verwalteten – teils gemeinsam mit dem Pfarrer – das Vermögen einer Kirche oder Kapelle (die sogenannte Kirchenfabrik), zogen die der Kirche zustehenden Abgaben und Zinsen ein, führten die Kirchenrechnung und legten darüber Rechenschaft ab. So war die Kirchenpflegschaft «ein Element kommunaler Selbstverwaltung im kirchlichen Bereich», zumal sie nicht dem kanonischen Recht unterstand.²⁰³ Zum Bestellungsmodus der Kirchenpfleger liegen in Vaduz-Schellenberg kaum Informationen vor; gängig war eine Kombination von Vorschlags- und Wahlrechten des Patronats Herrn der Kirche und der Gemeinde.²⁰⁴ Auch die Bestellung des Mesmers erfolgte durch die Gemeinde.²⁰⁵

Ein zweites Element ist die kommunale Beteiligung an Patronatsrechten und -pflichten, also an der Präsentation oder Nomination des Pfarrers oder Kaplans, an dessen Besoldung und an der Kirchenbaulast.²⁰⁶ Durch die Stiftung von Pfarr- oder Kaplaneipfründen konnten auch Gemeinden Patronatsrechte erlangen, was etwa in Graubünden schon vor der Reformation häufig der Fall war. Immacolata Saulle-Hippenmeyer fasst die Bedeutung dieser Vorgänge in Graubünden so zusammen: «Indem die Nachbarschaft als Stifterin [von Kapellen und Pfründen, d. Verf.] auftrat, konstituierte sie sich als Körperschaft, als rechtlicher Verband. Ihre Entwicklung von der Wirtschaftseinheit zu einer politischen Gemeinde [...] verlief deshalb nicht zuletzt über die Bildung der Dorfsiedlung als Kirchengemeinde».²⁰⁷

In Vaduz-Schellenberg blieb eine solche Entwicklung in Ansätzen stecken: Die einzige bekannte kommunale Pfründstiftung war jene der Kaplanei am St. Thomas- und St. Luzius-Altar in der Pfarrkirche St. Laurentius durch «*aman, geschwornen vnd gemein kilchgenossen*» von Schaan im Jahr 1503. Die Finanzierung der Pfründe erfolgte massgeblich durch die Dorfhonoratioren von Schaan und Vaduz. Als Stifterin beanspruchte die Gemeinde, den Kaplan beim ersten Mal alleine zu nominieren. Später sollte die Gemeinde gemeinsam mit dem Landesherrn zwei Kandidaten zuhanden des Churer Domkapitels als Patronats Herr der Laurentiuskirche nominieren, welches einen der beiden Kandidaten dem Churer Bischof zu präsentieren hatte.²⁰⁸ Die kommunale Beteiligung am Nominationsrecht fand aber bald ein Ende: Durch die Vereinigung des St. Thomas-Altars mit der älteren Pfründe am Muttergottesaltar ging das Nominationsrecht ganz an die Landesherrschaft über.²⁰⁹

Schon einige Jahrzehnte zuvor hatte sich die (Kirch-)Gemeinde Schaan erfolglos um das Patronatsrecht der ersten Kaplanei an der Schaaner Pfarrkirche bemüht. Deren Errichtung war 1461 vom Schaaner Pfarrer Jos Dieprecht testamentarisch verfügt worden: Sowohl die Kirchenpfleger der St. Laurentiuskirche als auch die Familie Dieprecht beanspruchten das Patronatsrecht für sich. Ein salomonischer Schiedsspruch unter Vorsitz des Landesherrn Wolfhart von Brandis sprach es jedoch den Freiherren von Brandis bzw. dem jeweiligen Inhaber der Grafschaft Vaduz zu.²¹⁰ Errichtet wurde die Kaplanei am Muttergottesaltar schliesslich 1482 – das «*ius patronatûs seu praesentandi capellanum*» lag in Händen der Landesherrn.²¹¹

203 Frommelt, 2011b. Vgl. Ospelt, 1999a; Bader, 1974, S. 207–209; Saulle-Hippenmeyer, 1997, S. 116–131, 212–215.

204 Troßbach, 2005, Sp. 316f.

205 Ospelt, 1999a, S. 118; LI LA AS 1/5, fol. 48v–50v (8.10.1709).

206 Vgl. Wille, 2011.

207 Saulle-Hippenmeyer, 1997, S. 287; vgl. dazu ebd., S. 112–170.

208 LI LA RA 12/3/1/5 (24.2.1503). Vgl. dazu Büchel, 1927, S. 54–56; Wanger, 1991, S. 24, 62; Frommelt, 2000, S. 10; Näscher, 2009, S. 50.

209 Nach Näscher, 2009, S. 50, erfolgte die Vereinigung der beiden Pfründen «bald» nach der Stiftung; entsprechend sind am St. Thomas-Altar nur zwei Kapläne im frühen 16. Jahrhundert belegt (so auch Büchel, 1927, S. 56). Nach Wanger, 1991, S. 62, 65, sowie Herrmann, 2007, S. 348, erfolgte die Vereinigung erst 1859.

210 PfAS U 4 (13.11.1461). Vgl. dazu Büchel, 1927, S. 39–43; Wanger, 1991, S. 23f., 63; Frommelt, 2000, S. 91f.; Näscher, 2009, S. 49.

211 LI LA RA 12/3/1/1 (28.4.1482).

In beiden Fällen, 1461 und 1503, scheiterte der Versuch der Gemeinde, auf die Besetzung kirchlicher Stellen Einfluss zunehmen. 1461 beanspruchte der Landesherr das Präsentationsrecht für sich, und auch das Nominationsrecht für die Besetzung der 1503 von der Gemeinde gestifteten Kaplaneipfründe ging schon bald an die Landesherrschaft verloren. Wo ein herrschaftliches Interesse bestand, wie hier bei der Bestellung des Dorfklerus, wurden kommunale Entwicklungen und Mitwirkungsrechte obrigkeitlich zurückgebunden.

Dass sich die Gemeinde auch auf anderen Wegen um die Seelsorge sorgte, zeigte sich 1529 in Mauren: Die *«arme leut vnd vnder thanen»* des Kirchspiels Mauren erhoben bei ihrem *«lannds vnd gerichtts herrn»* Graf Rudolf von Sulz Klage gegen die Johanniterkommende in Feldkirch, welcher die Pfarrei Mauren inkorporiert war. Sie würden, so die Maurer, *«mit mess halten versehung der hailigen sacramenten und anderen pharrlichen rechten je zu zeiten nit versehen»*, sodass etliche Leute ohne Sakramente gestorben seien. Rudolf möge dafür sorgen, dass Mauren nicht wie bisher durch einen Ordensbruder von Feldkirch aus versorgt werde, sondern ein *«pharrer haushabig in unser dorff Maueren [...] gesezt»* werde. Dann wollten sie dem Johanniterhaus auch *«alles das geben und thun, so sy dann von alter her je zuthun vnd zugeben schuldig vnd phlichtig gewesen sein»*. Rudolf verpflichtete in seinem Spruch die Maurer, die den Johannitern zustehenden Zehnten, Renten, Zinse und Gülten zu leisten. Die Kommende aber müsse in Mauren ein Haus für den *«priester»* bauen, der dort *«zuhausen und zubeleiben»* verpflichtet sei, wenn die *«pestilenz des erschrockhenlichen tods»* in der Pfarrei Mauren ein falle. Auch müsse der Pfarrer wöchentlich zweimal in der Maurer Pfarrkirche die Messe lesen, besonders am Sonntag, ausserdem die neugeborenen Kinder taufen und den Kranken die Sakramente spenden.²¹² Mitten in der Reformationszeit beanstandeten die Maurer unter Androhung von Abgabeverweigerungen die Missstände in ihrer Pfarrei und erhielten Recht. Geändert hat sich dadurch vorerst allerdings wenig. Erst 1594 erwarben die Johanniter ein Haus in Mauren.²¹³

3.7 Kommunale Armenfürsorge

Der örtlichen Armenversorgung diente die sogenannte «Spend», die ihre Wurzeln ebenfalls im kirchlichen Bereich hatte. Es handelte sich um eine Armenkasse, die Almosen- und Spendenstiftungen zugunsten der Ortsarmen verwaltete. Die Spend unterstützte die Dorfarmen mit Naturalien oder mit Geld und finanzierte deren Begräbnisse; durchziehenden Arme und Bettler sollen in «Spendküchen» versorgt worden sein.²¹⁴

Erste Spend-Stiftungen sind Mitte des 15. Jahrhunderts im Zusammenhang mit Jahrestiftungen belegt. Sie lasteten auf bestimmten Gütern, von denen entsprechende Zinse an die Spend gezahlt werden mussten.²¹⁵ Die Spend spielte auch im regionalen Kreditwesen eine Rolle, indem sie aus ihrem Vermögen Zinse (Renten, Gülten) kaufte und daraus Zinseinnahmen schöpfte.²¹⁶ Der Einzug und die Verwaltung der Gelder lag zunächst in den Händen der Kirchenpfleger, erkennbar im Eschner Jahrzeitenbuch.²¹⁷ 1446 entschied das Eschnerberger Landschaftsgericht, dass in den Kirchspielen Eschen, Bendern und Mauren verwei-

212 VLA Priorat St. Johann/Feldkirch, 5388 (20.1.1529); Büchel 1915, S. 81f.; Frommelt, 2000, S. 93.

213 Frommelt, 2011d.

214 Vgl. Frommelt, 2011e; Büchel, 1927, S. 62f.; Büchel, 1953, S. 67f.; Biedermann, 2012, S. 152f.

215 Beispiele im Eschner Jahrzeitenbuch aus der Mitte des 15. Jahrhunderts in LUB I/2, S. 305–428, bes. S. 322, 335, 350–352, 370, 372, 374.

216 Vgl. Frommelt, 2011e; Ospelt, 2011. Beispiele: Schädler, 1907, Nr. 67, S. 118 (11.11.1560), PfAS U 6 (11.11.1611), PfAS U 7 (11.11.1630), PfAS U 8 (11.11.1635).

217 LUB I/2, S. 370: *«Item das fiertal wayssen sol inziehen ain kilchenmayger vnd sols gen arman lüten an ain spend»*.

gerte «*spenden*» bezahlt und von den Kirchenpflegern eingezogen werden mussten.²¹⁸ In der Pfarrei Schaan(-Vaduz) ist die Spend 1522 erwähnt,²¹⁹ in Triesen(-Triesenberg) 1525.²²⁰

Ab dem 16. Jahrhundert begegnet die Spend als institutionalisierte Armenanstalt mit eigener Rechtsperson. Die Verwaltung der Spend oblag nun gesonderten Amtsträgern, den ab 1560 in Schaan²²¹ und 1593 in Bendern²²² erwähnten «Spendmeistern» oder «Spendvögten».

Artikel 27 der Reichspolizeiordnung von 1577 bestimmte, dass «*ein jede Statt und c o m m u n, ir armen selbst ernehre[n] und underhalte[n]*» musste.²²³ Dies fand auch Eingang in den Vaduzer Landsbrauch: «*Es sollen auch commun, gemeindt und dörfer ihre armen leuth selbsten erhalten, damit andere leuth mit ihnen nit beschwärt werden und da die spendt nit so vil einkommens, so sollen alle sonntäg durch den prediger der armen auf der cantzl gedacht werden und die darzu verordnete spendtmeister ein schüssle aufgestellt, und was nach eines jeden guten willen und vermögen dareingelegt, fleissig und ordentlich nach derselbigen gemeindt gut ansehen unter die hausarmen, mangel- und presshaften ausgetheilet werden.*»²²⁴ Hier bestätigt sich in einer normativen Quelle die Zuständigkeit der Gemeinden für die Versorgung der Dorfarmen. Sofern die Spend dazu nicht ausreichte, hatte der Pfarrer zu Almosen aufzurufen, welche vom Spendmeister einzuziehen waren. Die Austeilung der Gelder an die «*hausarmen, mangel- und presshaften*» lag explizit in der Kompetenz der «*gemeindt*».

3.8 Gemeinde und Schule

Schon lange vor der Einführung der Schulpflicht 1805 und der Schaffung der «politischen Gemeinde» 1809 gab es in den Gemeinden Schulunterricht. Der Unterricht wurde zunächst von den Dorfgeistlichen gehalten, später vermehrt von Laien, die als Dorflehrer fungierten. Diese Dorfschulen waren gewiss bescheiden, wurden aber von den Gemeinden eingerichtet, betrieben und finanziert, ohne dass sie dazu seitens der Obrigkeit verpflichtet gewesen wären.²²⁵

Erwähnt sind schulische Einrichtungen in den Gemeinden ab dem frühen 17. Jahrhundert: in Vaduz 1617/19 ein Schulhaus²²⁶ und 1707 ein «*schuelmeister*»,²²⁷ in Eschen 1653 ein Schulrodel,²²⁸ 1700 die «*schul zu Eschen*»²²⁹ und 1726 ein Lehrer,²³⁰ in Balzers 1679 ein «*schuelmaister*»,²³¹ in Triesen 1689 die Pflicht des Frühmessers zur Erteilung von Schulunterricht,²³² 1706 ein «*schuelmeister*»²³³ und 1777 ein «*Schulhalter*»,²³⁴ in Gamprin im Jahr 1700 eine «*schulhalts=verordnung*»,²³⁵ in Schaan 1704 ein «*schuelmaister*»²³⁶ und 1708

218 PFAE U 5 (7.11.1446).

219 Ospelt, 1925, S. 123f. (22.1.1522).

220 Podhradsky, 1990, Nr. 37, S. 259 (3.1.1525).

221 Schädler, 1907, Nr. 67, S. 118 (11.11.1560), PFAU 6 (11.11.1611), PFAU 7 (11.11.1630), PFAU 8 (11.11.1635).

222 Büchel, 1912, S. 111 (11.11.1593).

223 Weber, 2002, S. 257.

224 LI LA AM 5 (1667), Kapitel «*Von Bettleren*». Vgl. Schamberger-Rogl, 2002, S. 68, 113; Marquardt, 2011.

225 Vgl. allgemein Bleyle, 2011; Bleyle, 2011a.

226 LUB I/4, S. 325–442 (Sulzisch-Hohenemsisches Urbar, 1617/1619), hier S. 354.

227 StAA/StIKA A 2943, unfol. (Vaduz, 2.1.1707).]

228 Schindler, 2011a.

229 LI LA AS 1/4, fol. 57r (2.3.1700); hier auch: «*die gemeindt Eschen namens der schuel*».

230 Schindler, 2011a.

231 LI LA AS 1/2, fol. 37r (23.1.1679).

232 Frommelt/Kindle, 2011.

233 LI LA AS 1/3, fol. 74v (2.12.1706).

234 Tschugmell, 1971, S. 3; Frommelt/Kindle, 2011.

235 LI LA AS 1/4, fol. 54r–54v (8.2.1700).

236 GAS U 147a (13.12.1704).

das «*hauß, allwo die schuel gehalten werden solle*» sowie die «*schuel kinder*»,²³⁷ in Mauren 1781 ein Schulhaus.²³⁸

Die Organisationsweise dieser Dorfschulen und deren Verhältnis zur Gemeinde zeigen sich in der Instruktion für den Schaaner Schulvogt Rudolf Walser aus dem Jahr 1700. Erlassen und unterzeichnet wurde die Instruktion vom Schaaner Pfarrer Franz Joseph Schalk von Reichenfeld, dem Schaaner Alt-Landammann Christoph Walser und den sechs Gerichtsheuten der «*Pfarrey, und beyder Gemeinden Schan, und Vaduz*». Die «*aufrichtung einer so hochnothwendig als ohnentbährlichen Schuel alhier zu Schan*» war 1699 durch die Gemeinde erfolgt. Der «*Schuelmaister*», also der Lehrer, wurde von der Gemeinde angestellt und erhielt von ihr freie Wohnung, Holz und einen Gemeindeteil (Gemeindeboden) sowie jährlich vierzig Viertel Weinmost, ein Viertel Schmalz und eine Besoldung von siebenzig Gulden in bar. Die «*Aufsicht*» in finanzieller Hinsicht, insbesondere der Einzug der für die Schule gestifteten «*intrada, oder Gefähl*», war dem kommunalen «*Schuelvogt*» übertragen, der durch den Pfarrer und die Gemeindevertreter auf zwei Jahre «*bestellt und gesezt*» wurde und sein «*amt*» umsonst zu verrichten hatte. Die siebenzig Gulden Bargeld sollten dem Vermögen der Schaaner Pfarrkirche (Kirchenfabrik) sowie der «*Spänd zu Schan, und Vaduz*» entnommen werden; jedoch hatte die Versorgung bedürftiger «*Krüppel, und Haußarme[r]*» Vorrang und der Lehrer musste auch «*die Orgel schlagen*». Ausserdem wurde zu Stiftungen, «*Legata*» und Schenkungen für die Schule aufgerufen.²³⁹

Schulstiftungen, also für die Schule gestiftete Güter und Zinse, sind verschiedentlich erwähnt, etwa 1711 in Vaduz die Stiftung von Hofkaplan Karl Negele,²⁴⁰ 1783 in Eschen die Stiftung von Josef Senti und Anna Hasler²⁴¹ oder 1787 in Triesen die Stiftung von Dominik Banzer.²⁴² 1699/1700 ist ein «*der schul zu Eschen verpfendet[es]*» Gut erwähnt.²⁴³ Auch in den Flurnamen finden sich Belege für zur Schule gestiftete oder gewidmete Güter, deren Erträge der Entlohnung der Lehrer dienten, zum Beispiel «*schuel guet*» in Schaan (1704)²⁴⁴ und in Balzers (1757), «*Schuelteile*» in Schaan (1736) und in Ruggell (1773), «*Schuelfünd*» in Balzers (1807).²⁴⁵

3.9 Inklusion und Exklusion: Mitgliedschaft in der Gemeinde

Die Zugehörigkeit zu Genossenschaft und Gemeinde war in der Frühen Neuzeit von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Erst sie eröffnete den Zugang zu den ökonomischen Ressourcen des Dorfes, also zu Weide-, Alp- und Holznutzungsrechten und zum ausgeteilten Gemeindeboden, aber auch zur Unterstützung im Armutsfall.²⁴⁶

In vollem Sinn zur Gemeinde gehörten nur die über das Gemeinderecht verfügenden und zugleich «*haushäßlichen*» Bauern, also die Besitzer und Vorstände eines Hauses, genauer: einer vollberechtigten Hofstätte. Nur sie waren Dorfgenosser – oder, wie es schon im frühen 18. Jahrhundert hiess, «*burger*»²⁴⁷ – mit vollem Anspruch auf den «*Gemeindsnutzen*».

237 LI LA AS 1/5, fol. 17v (22.11.1708).

238 Frommelt, 2011d.

239 Falk, 1976, Anhang, S. 145–148: «*Instruction Eines Gesezten Schuelvogten zu Schan, Anno 1700*».

240 Sele, 2011.

241 Schindler, 2011a.

242 Frommelt/Kindle, 2011.

243 LI LA AS 1/4, fol. 57r (2.3.1700), vgl. auch fol. 16v–17r (24.7.1699).

244 GAS U 147a (13.12.1704).

245 Stricker/Banzer/Hilbe, 1999, Bd. 5, S. 481f.

246 Vgl. zum Folgenden Frommelt, 1999, S. 140–144; Biedermann, 2012, S. 16, 24–52; allgemein Bader, 1974, S. 275–291; Wunder, 1986, S. 19. Zum «*Haus*» als sozioökonomischem Strukturprinzip Alteuropas vgl. Blickle, 2008, S. 19–88.

247 Beispiele: LI LA AS I/3, fol. 85r (18.12.1706, «*burger von Vaduz*»), fol. 105 (28.3.1707, «*balznerische burger*»), fol. 112v (9.4.1707, «*burgerschaft sowohl in Vaduz alß Schann*», «*burgerliche jnnwohner*»), fol. 163r (30.5.1708, «*[in] Balzers sich burgerlich nidergelassen*»), LI LA AS I/5, fol. 28v (28.2.1709 «*burger zue Trisen*»), fol. 29r

Auch sie konnten die Gemeinderechte aber nur beanspruchen, wenn sie die gemeindlichen Pflichten erfüllten, Steuern und Abgaben zahlten und sich am Gemeinwerk beteiligten. Diese Grundsätze wurden schon im Spätmittelalter verbindlich: «*Wer in dise Graffschaft haushäblich ziecht, gibt der Herrschaft, wie auch der Gemeindt den einzüg, vndt soll geben Steür, Tagmann, Schnicz, betmist und fasnachthennen*», hiess es in einem den Gemeinden der Grafschaft Vaduz 1496 von Ludwig von Brandis gewährten Privileg:²⁴⁸ Voraussetzung für den Genuss der sich aus der Haushäblichkeit ergebenden Aufenthalts- und Nutzungsrechte war die Zahlung des Einzugsbetrags an die Herrschaft und an die Gemeinde sowie die Leistung von Steuern, Abgaben und «Tagwan» (Fronarbeit, Gemeinwerk).

Nicht in vollem Sinn zur Gemeinde gehörten jene, die keinem berechtigten «Haus» vorstanden, und jene, die die kommunalen Pflichten nicht erfüllen konnten: Dazu zählten nicht nur das Gesinde, sondern auch die Frauen und jene Söhne aus den «*burger*»-Familien, die über keine eigene Hofstätte verfügten. Sie gehörten zwar durch Heirat oder Abstammung zum Kreis der Bürgerfamilien, hatten aber keinen Anteil am Gemeinudenutzen. Ganz oder teilweise ausgeschlossen waren auch die Hintersassen (Beisassen), welche zwar im Dorf wohnten und über das Heimatrecht (Aufenthaltsrecht) und das Armenrecht (Recht auf Versorgung im Verarmungsfall) verfügten, aber weder das Bürgerrecht noch eine berechnete Haushofstätte besaßen. Sie hatten keinen oder nur begrenzten Zugang zu den dörflichen Ressourcen.²⁴⁹ Gänzlich ausgeschlossen waren die Nicht-Sesshaften, die nirgends über ein Heimatrecht verfügten und von Ort zu Ort, von Land zu Land geschoben wurden.²⁵⁰

Je stärker die Bevölkerung wuchs und je knapper die Ressourcen wurden, desto stärker begrenzten die Gemeinden den Zugang zum Gemeinbürgerrecht und schotteten sich gegen Zuzüger ab. Hofstattrecht und prohibitive Einkaufssteuern dienten als Mittel der Exklusion und förderten die soziale Ungleichheit im Dorf: Gemäss der Triesener Bauordnung von 1741 konnten Häuser nur auf bereits bestehenden Haushofstätten errichtet werden, womit einer Ausweitung der nutzungsberechtigten Haushäblichen ein Riegel geschoben war. Von der Herrschaft in den Untertanenverband aufgenommene Fremde durften zwar in diesem oder jenem Dorf wohnen und erhielten dort ein Heimatrecht – das Bürgerrecht erhielten sie aber nur, wenn sie von der Gemeindeversammlung aufgenommen wurden²⁵¹ und die hohen Einzugs- oder Einkaufsgelder bezahlten. Ansonsten blieben sie minderberechtigte Hintersassen.

Belief sich das Einzugsbetrags 1513 noch auf je vier Gulden für die Herrschaft und die Gemeinde, erhöhten es die Gemeinden im 18. Jahrhundert teils auf mehrere hundert Gulden.²⁵² Einkaufsgelder waren auch für Ehefrauen zu entrichten, die infolge Heirat in die Gemeinde zogen. So regelte die Gemeinde Triesen 1730 die «*einkaufung fremder weibspersonen*»: Für eine Frau aus Vaduz oder Schaan waren zwanzig Gulden zu bezahlen. Stammte die Frau «*aus dem schellenbergischen*», waren es dreissig Gulden, bei einer ausländischen Frau aber vierzig Gulden.

Die Abschliessung des Berechtigtenkreises richtete sich nicht nur gegen Zuzüger. Auch junge Eingesessene oder Witwen litten unter dem Mangel an Gemeinboden und den rigiden Regeln. Zwei Beispiele:²⁵³

(28.2.1709, «*mitburger*» von Triesenberg), fol. 46v (20.8.1709, «*burgersleüth zu Vaduz*»), fol. 49r (8.10.1709, «*burger von Vaduz undt Schaan*»); StAA/StiKA A 2877, fol. 52r, 54v (15.6.1709, «*burger[] zue Vadutz*»). Zur frühneuzeitlichen Bezeichnung der berechtigten Dorfleute als «Bürger» vgl. Bader, 1974, S. 277f.

248 Erwähnt in LUB I/4, S. 325–442 (Sulzisch-Hohenemsisches Urbar, 1617/1619), hier S. 343f.

249 Vgl. Biedermann, 2012, S. 16; Marquardt, 2011a.

250 Dazu Biedermann, 2012, S. 155–161.

251 Über die Aufnahme in den nutzungsberechtigten Bürgerverband entschied die Gemeindeversammlung frei (Ospelt, 1986, S. 152).

252 Biedermann, 2012, S. 32.

253 Vgl. auch den oben in Abschnitt 3.2 erwähnten Fall der Witwe Erni.

- 1705 klagten zwölf «*jung antretende* [] *gemeindtleuth*» aus Vaduz und Schaan: Wenn die Witwe des Christoph Quaderer aus Schaan die «*gmaintsthail*» behalten wolle, solle sie Knecht und Wagen halten «*wie die gemeindtsbreuch [...] erfordern*». Weil sie aber den Knecht entlassen habe und auch das Feuer erloschen sei (sie also ihren eigenen Haushalt aufgegeben habe), sei die Witwe «*nit mehr haushäblich*». Damit sei ihr Anspruch auf die Gemeindeteile erloschen («*gefallen*»). Das Oberamt beschied: Es sei nur der halbe Gemeindeteil gefallen; dieser stehe nun dem ersten Anwärter zu. Der andere Halbtteil aber verbleibe der Witwe wie allen Witwen «*vermög des gemeindts-thails articul*» zur lebenslanger Nutzniessung.²⁵⁴
- 1707 klagte «*die gesambte junge burgerschafft*» von Vaduz und Schaan beim Oberamt in Vaduz. Sie verlangte, dass bei der Zusammenlegung von zwei «*haußhaltungen*» ein Gemeindeteil an die Gemeinde zurückfallen und einem anderen «*bürger*» bzw. einem «*jüngerer*» überlassen werden müsse.²⁵⁵

Die Beispiele verdeutlichen den innergemeindlichen (Generationen-)Konflikt um die dörflichen Ressourcen. Nicht nur die Abschottung gegen Hintersassen und Neuzuzüger konnte zu Ausgrenzung und Verarmung führen, sondern auch der den «Bürgern» drohende Entzug der Gemeindeteile bei einer Veränderung ihrer Lebensverhältnisse. Darüber entschieden die Gemeindeorgane. Ob dabei den «*oligarchisch regiert[en]*» Gemeinden generell «*lokalbornierte* [] *Klüngelwirtschaft*» unterstellt werden kann und ob die Verstaatlichung der Gemeinde im 19. Jahrhundert nicht nur einen Verlust an Gemeindeautonomie, sondern auch einen «Zugewinn an Gleichheit und Gerechtigkeit» bedeutete,²⁵⁶ wäre für Liechtenstein erst zu untersuchen. Von Ungerechtigkeit oder Willkür Betroffene hatten jedenfalls schon in der Frühen Neuzeit die Möglichkeit, ihr Recht vor Gericht zu suchen.

3.10 Gemeinde und Widerstand

Ein letzter Aspekt ist zumindest anzudeuten: Gemeinden waren im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit massgebliche Träger des bäuerlichen Widerstands gegen Grund-, Gerichts- und Landesherren. Widerstand war ein massgebliches Element der Verteidigung bestehender bäuerlicher Rechte wie auch der Weiterentwicklung der Herrschaftsverhältnisse. Die Widerstandsformen reichten von der Abgaben- und Fronverweigerung bis hin zu gewaltsamen Aufständen. Grosse Bedeutung erlangte in der Frühen Neuzeit die Verrechtlichung von Konflikten, also der Widerstand auf gerichtlichem Weg.²⁵⁷ Entsprechende Vorgänge finden sich auch in Vaduz-Schellenberg auf individueller, kommunaler und landschaftlicher Ebene.

In den grossen Auseinandersetzungen ging der Widerstand primär von den überlokalen Gerichtsgemeinden bzw. Landschaften aus: Schon im Appenzellerkrieg 1405 beteiligten sich «*der Aman vnd all Landtleuth gemeinlich an dem Eschnerberg*» am Bund ob dem See,²⁵⁸ und im Bauernkrieg 1525 befand sich die «*gemaine* [] *paurschafft*» in Vaduz und am Eschnerberg in «*auffruer*» wider den Grafen Rudolf von Sulz.²⁵⁹ 1683 trug eine an Kaiser Leopold I. gerichtete Beschwerdeschrift der «*höchstbetrengten gesambten vnnderthanen der graff: und herrschafft Vaduz und Schellenberg*» gegen ihren Herrn Graf Ferdinand Karl von Hohenems zu dessen Absetzung durch den Kaiser bei.²⁶⁰ Und 1721 wehrten sich die «*er-*

254 LI LA AS 1/3, fol. 57r–58r (18.6.1705).

255 LI LA AS 1/3, fol. 112v–115r (9.4.1707).

256 Reinhard, 2002, S. 241.

257 Wunder, 1986, S. 13f., 87–89; Rösener, 1991, S. 240–254; Schmale, 2011.

258 LUB I/3, Nr. 52, S. 97–103 (16.10.1405).

259 Kaiser, 1847, S. 356.; Frommelt, 2000, S. 128–136; Frommelt, 2011a.

260 LI LA RA 74/143 (1683); Frommelt, 2014.

gebnete unterthanen Vaduzisch und Schellenbergisch amäner gerichtslüt und gemeinden» gegen die von Fürst Anton Florian von Liechtenstein angeordneten Reformen.²⁶¹

Das Widerstandsverhalten der Dorfgemeinden bezog sich naturgemäss stärker auf die lokalen Verhältnisse: Bereits erwähnt wurden das gerichtliche Vorgehen der Triesner «*nachpurschafft*» gegen Freiherr Ludwig von Brandis vor dem kaiserlichen Landgericht in Rankweil im Alprechtsstreit von 1493²⁶² sowie die Klage des «*kilspels*» Mauren gegen die Johanniterkommende Feldkirch wegen schlechter Versorgung mit seelsorgerischen Leistungen 1529, wobei mit der Verweigerung von Zehnten und Zinsen gedroht wurde.²⁶³ Effektiv verweigert wurde 1464 die Entrichtung des Hanfzehnten an das Kloster St. Luzi durch die «*comunita[s] de Rungell*» (Gemeinde Ruggell).²⁶⁴ 1707 verweigerten die Balzner die Fronarbeit auf dem von Oberamtman Anton Rohrer gepachteten Meierhof in Triesen. Widerwillig musste die «*gemeindt*» Balzers schliesslich akzeptieren, dass die Fronpflicht auch auf verpachteten Herrschaftsgütern gelte.²⁶⁵

Besonders eindrücklich ist der Widerstand der Gemeinde Vaduz gegen die 1718 von Fürst Anton Florian von Liechtenstein verlangte Rückgabe der 1705 dem Grafen Jakob Hannibal III. von Hohenems abgekauften Domänengüter: Sämtliche 74 Vaduzer Haushaltsvorstände mussten auf Schloss Vaduz erscheinen und dem Landvogt einzeln zu Protokoll geben, ob sie ihren Teil am Neugut zurückgegeben wollten oder nicht – und keiner war dazu bereit.²⁶⁶ Offensichtlich hatte man sich gemeindeintern abgesprochen und die Abmachung hielt – wenn auch unter hohem «soziale[n] Druck von Seite der Gemeinde».²⁶⁷

Im zeitgleichen Konflikt um den vom Fürsten beanspruchten Novalzehnten verhielt sich die «*gantze Trysener Gemeinde aufrührisch*», wie in einem kaiserlichen Mandat zu lesen ist: So hätten die Triesner «*mittels Stürmung der Glocken und bewaffneter Ausrückung der gantzen Burgerschaft den Fürstl[ichen] Verwalter von dem Noval-Zehend-Einzug abgetrieben*».²⁶⁸ Über lokale Befindlichkeiten hinaus ging die 1721 von «*alle[n] unterthanen [der] gemeind Schaan und Vaduz*» an die kaiserliche Subdelegation gerichtete «*protestation und vorbehalt aller competentien zu verwahrung ihrer landes und gemeindtes gerechtigkeiten freyheiten [und] privilegien*»,²⁶⁹ in welcher entgegen den von Fürst Anton Florian angeordneten Reformen der Beibehalt der Landschaften mitsamt deren Selbstverwaltungsrechten gefordert wurden.

Insgesamt zeigt sich eine breite Palette kommunalen Widerstands, der in seiner Vielfalt, in seiner inneren Organisation und Trägerschaft, in seiner äusseren Wirkung und damit in seiner Bedeutung noch keineswegs umfassend untersucht ist.

4. Fazit

Wie in weiten Teilen Europas bestanden in der Frühen Neuzeit auch in Vaduz und Schellenberg auf einen bestimmten Raum bezogene «Gemeinschaften», die über «feste Institutionen, klare Kompetenzen und eigene Normen» verfügten und über die Gemeinnutzung hinausgehende, «politische» Aufgaben erfüllten – und also Gemeinden waren. Dies zeigt sich auch im Selbstverständnis der Gemeindegossen und in der zeitgenössischen Sprache: Spätestens im 17. Jahrhundert dominierte der Gemeindebegriff gegenüber «Nachbar-

261 LI LA RA 2/7/1/4 (November 1721). Vgl. dazu zuletzt Vogt, 2019b.

262 GAT U 22 (27.6.1493). Vgl. oben Abschnitt 3.1.

263 VLA Priorat St. Johann/Feldkirch, 5388 (20.1.1529). Vgl. oben Abschnitt 3.6.

264 PfABe U 6 (7.7.1464); Büchel, 1912, S. 92.

265 StAA/StiKA A 3022, unfol. (o.D. [1710?]). Vgl. Frommelt, 2012.

266 ÖStA HHStA RHR Jud. Den. Rec. 564/5 (31.10.1719).

267 Vogt, 2019b, S. 121. Vgl. auch Ospelt, 2016, S. 49–55.

268 GAS U 138 (27.7.1720): Mandat Kaiser Karls VI.

269 LI LA RA 2/7/1/2 (August 1721), Entwurf.

schaft» und «Genossenschaft» weitaus, und im 18. Jahrhundert kam der «*burger*»-Begriff hinzu.

Die Dorfgemeinde hat sich aus verschiedenen Wurzeln entwickelt, aus herrschaftlichen und genossenschaftlichen. Als Alternative für die überholte Markgenossenschaftstheorie wird ein Zusammenhang mit dem hoch- und spätmittelalterlichen Wandel der Grundherrschaft nahegelegt. Dabei wird man nicht von einem direkten, nahtlosen Übergang von der frühmittelalterlichen Hofgenossenschaft zur spätmittelalterlichen Dorfgemeinschaft ausgehen dürfen. Nähere Untersuchungen zu dieser Frage wären lohnend – soweit es die Quellenlage zulässt.

Die beispielhaft aufgezeigten kommunalen Institutionen und Funktionen in den Vaduzer und Schellenberger Dörfern sprechen für ein reges Gemeindeleben vom 14. bis zum 18. Jahrhundert. Als Rechtsperson verfügten die Gemeinden über Eigentum, traten als Vertrags- und Gerichtsparteien auf, bestimmten die dörflichen Regeln mit, bauten eigene Verwaltungsstrukturen auf und erhoben Steuern für eigene Zwecke. Die Gemeindeglieder gestalteten ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben zu einem guten Teil selbst, vor allem im Hinblick auf die landwirtschaftliche Nutzung, aber auch im kirchlichen Bereich, bei der Armenfürsorge oder bei der Schule.

Dass viele Dorfbewohner von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Partizipation ausgeschlossen waren, ist kein Spezifikum der vormodernen Gemeinde. Daran änderte auch die moderne, «politische» Gemeinde von 1809 vorerst nichts: Bis zur Integration der Hintersassen dauerte es noch bis 1864, bis zur vollen Integration der Frauen bekanntlich gar bis in die 1970er- und 1980er-Jahre.

Nur wenn man die vormoderne Gemeinde an den staatsrechtlichen Verhältnissen des 19. und 20. Jahrhunderts misst, mag sie als defizitär erscheinen, weil sie eben noch keine «politische Gemeinde» im Sinne eines «staatlichen Selbstverwaltungskörpers» war. Sie konnte dies nicht sein, weil es auch den Staat noch nicht gab. Misst man die vormoderne Gemeinde aber an den Gegebenheiten ihrer eigenen Epoche, erscheint sie keineswegs als defizitär.

Die terminologische Tradition, bis ins beginnende 19. Jahrhundert Begriffen wie «Nachbarschaft» oder «Genossenschaft» gegenüber «Gemeinde» den Vorzug zu geben, ist mit Blick auf die liechtensteinische Identitätsbildung erhellend: Die von der damaligen Bevölkerung in Auseinandersetzung und Kooperation mit der Obrigkeit massgeblich mitgeschaffene und mitgeformte frühneuzeitliche Gemeinde gilt in dieser Interpretation wenig. Wenn aber der Fürst in absolutistischer Manier das Gemeindewesen mittels blosser Dienstinstruktion von oben her neu regelt und dabei die vormalige Gemeindeautonomie beseitigt, gilt dies als Geburtsstunde der Gemeinde. Solche Geschichtserzählungen bleiben nicht ohne Folgen. Als mentale Basis des liechtensteinischen Selbstverständnisses sind sie bis heute wirkmächtig.

Quellen und Literatur

Quellen, Editionen und Regesten

Büchel, Johann Baptist (1912): Die Urkunden des Pfarrarchivs Bendern. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 12, S. 81–139.

e-archiv.li: Plattform des Liechtensteinischen Landesarchivs zur Publikation von Quellen zur liechtensteinischen Geschichte, www.e-archiv.li.

- Falk, Jakob (1976): Chronik der Volksschule Schaan. Vergangenes und Gegenwärtiges aus der Schulgeschichte der Volksschule Schaan zusammengestellt von Jakob Falk, Lehrer (= Schaaner Heimatbuch, 1. Folge). Schaan: Gemeindevorstehung.
- GAE = Gemeindearchiv Eschen
 II/120 (7.9.1428)*; III/3 (28.6.1425)*; III/9 (4.12.1489)*; III/17 (19.5.1520)
- GAG = Gemeindearchiv Gamprin
 U 1 (10.12.1422)*
- GAM = Gemeindearchiv Mauren
 618 (17.9.1506)*
- GAR = Gemeindearchiv Ruggell
 U 17 (3.3.1638)
- GAS = Gemeindearchiv Schaan
 U 7 (20.5.1513); U 8 (1.5.1516); U 21 (2.2.1647, www.e-archiv.li/D42841); U 44/7 (1669, 1674, www.e-archiv.li/D43939); U 55 (o.D. [23.3.1684], www.e-archiv.li/D42982); U 56 (o.D. [Februar/März 1684], www.e-archiv.li/D42989); U 131 (12.6.1753, www.e-archiv.li/D43752); U 138 (27.7.1720, www.e-archiv.li/D48487); U 141a (12.3.1503)*, U 147a (13.12.1704, www.e-archiv.li/D43772)
- GASb = Gemeindearchiv Schellenberg
 U 1 (18.11.1493)*
- GAT = Gemeindearchiv Triesen
 B 5a: Urkundenbuch I (1800), Buch-Nr. 146
 U 16 (5.5.1497)*; U 26 (11.3.1452)*
- GATb = Gemeindearchiv Triesenberg
 U 21 (24.8.1615/Insert vom 4.7.1458)*; U 32 (30.6.1516)
- GAV = Gemeindearchiv Vaduz
 Gerichtsinstruktion (Gemeindegesezt) vom 1.1.1810, www.e-archiv.li/D42324.
- LI LA = Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz
 AM 4: Dienstinstruktion für das Oberamt in Vaduz vom 10.4.1719, www.e-archiv.li/D42784
 AM 5: Landsbrauch (Abschrift 1667), www.e-archiv.li/D42277
 AS 1/2: Verhörprotokoll Vaduz, 1677–1685
 AS 1/3: Verhörprotokoll Vaduz [und Schellenberg], 1692, 1704–1708
 AS 1/4: Amt- und Verhörprotokoll Schellenberg, 1699–1711
 AS 1/5: Verhörtagsprotokoll Vaduz 1708–1718
 RA 2/7/1/2 (August 1721); 2/7/1/4 (November 1721); 2/7/10 (September/Okttober 1740); 2/7/11 (24.10.1740); 12/3/1/1 (28.4.1482)*; 12/3/1/5 (24.2.1503)*; 74/134 (o.D. [23.3.-29.3.1684]); 74/138 (20.5.1680); 74/139 (6.8.1682); 74/143 (1683)
 RB G1/1808: Dienstinstruktion für Landvogt Josef Schuppler vom 7.10.1808, www.e-archiv.li/D42323
 SchäU 21 (18.1.1507)*
 U 14 (28.11.1458)*; U 16 (14.1.1473)*; U 17 (21.11.1493)*; U 52 (13.6.1541)
- LUB I = Liechtensteinisches Urkundenbuch, I. Teil: Von den Anfängen bis zum Tod Bischof Hartmanns von Werdenberg-Sargans-Vaduz 1416. Bd. 1: Aus dem bischöflichen Archiv zu Chur und aus dem Archiv Pfävers in St. Gallen. Bearbeitet von Franz Perret, 1948 (LUB I/1). Bd. 3: Aus den Vorarlberger Archiven. Bearbeitet von Benedikt Bilgeri, 1975 (LUB I/3); Bd. 4: Aus den Archiven des Fürstentums Liechtenstein. Bearbeitet von Georg Malin, 1963/1965 (LUB I/4). Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein.
- LUB II = Liechtensteinisches Urkundenbuch, II. Teil: Die Herrschaftszeit der Freiherren von Brandis, 1417 bis 1510, www.lub.li.

- Ospelt, Joseph (1925): Ausführliche Regesten aus den Urkunden des fürstlich liechtensteinischen Regierungsarchivs. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 25, S. 117–125.
- ÖStA, HHStA = Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
AUR (14.7.1510)*
RHR Jud. Den. Ant. 96/1, fol. 135r–140v (o.D. [23.3.1684]), www.e-archiv.li/D45275
RHR Jud. Den. Rec. 264/1, fol. 371r–388v (20.6.1712), www.e-archiv.li/D45305
RHR Jud. Den. Rec. 564/5 (31.10.1719), www.e-archiv.li/D45421
- PfABe = Pfarreiarchiv Bendern
U 6 (7.7.1464)*
- PfAE = Pfarreiarchiv Eschen
U 5 (7.11.1446)*
- PfAS = Pfarreiarchiv Schaan
U 4 (13.11.1461)*; U 6 (11.11.1611, www.e-archiv.li/D44435); U 7 (11.11.1630, www.e-archiv.li/D44436); U 8 (11.11.1635, www.e-archiv.li/D44437)
- Podhradsky, Gerhard (1990): Das Dominikanerinnenkloster Altenstadt. Geschichte, Profesen, Regesten. Feldkirch: Archiv der Diözese Feldkirch.
- Schädler, Albert (1907): Regesten zu meiner Sammlung liechtensteinischer Urkunden (1395–1859). In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 7, S. 103–169.
- StAA/StiKA = Staatsarchiv Augsburg/Stift Kempten Archiv
A 2877, A 2924, A 2943, A 3022
- Tschugmell, Fridolin (1971): Steuerbuch der Gemeinde Trisen de anno 1777. Triesen: Selbstverlag.
- VLA = Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz
6471 (23.6.1508)*
Priorat St. Johann/Feldkirch, 5388 (20.1.1529), monasterium.net, URL: [/mom/AT-VLA/StJohannPriorat/5388/charter](http://mom/AT-VLA/StJohannPriorat/5388/charter).
- Weber, Matthias (2002): Die Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577. Historische Einführung und Edition (= Ius Commune. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte. Sonderhefte: Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 146). Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

* ediert in LUB II (www.lub.li)

Literatur

- Bader, Karl Siegfried (1967): Das mittelalterliche Dorf als Friedens- und Rechtsbereich. Unveränderter Nachdruck. Graz, Wien, Köln: Böhlau.
- Bader, Karl Siegfried (1974): Dorfgemeinschaft und Dorfgemeinde. 2., unveränderte Auflage. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Biedermann, Klaus (2012): «Aus Überzeugung, dass er der Gemeinde von grossem Nutzen seyn werde». Einbürgerungen in Liechtenstein im Spannungsfeld von Staat und Gemeinden 1809–1918. Vaduz: Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Zürich: Chronos Verlag.
- Blickle, Peter (1981): Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch. München: Verlag C. H. Beck.
- Blickle, Peter (2000): Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform. Bd. 1: Oberdeutschland. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Blickle, Peter (2006): Grundherrschaft. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 4, Sp. 1159–1166.
- Blickle, Peter (2007): Kommunalismus. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 6, Sp. 985–990.

- Blickle, Peter (2008): Das Alte Europa. Vom Hochmittelalter bis zur Moderne. München: Verlag C. H. Beck.
- Bleyle, Annette (2011): Lehrer. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Lehrer> (Stand: 31.12.2011).
- Bleyle, Annette (2011a): Schulwesen. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Schulwesen> (Stand: 31.12.2011).
- Brakensiek, Stefan (2008): Markgenossenschaft. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8, Sp. 34–36.
- Büchel, Johann Baptist (1902): Geschichte der Pfarrei Triesen. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 2, S. 1–296.
- Büchel, Johann Baptist (1916): Bilder aus der Geschichte von Mauren, Teil II. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 16, S. 5–71.
- Büchel, Johann Baptist (1923): Die Geschichte der Pfarrei Bendern. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 23, S. 1–180.
- Büchel, Johann Baptist (1927): Geschichte der Pfarrei Schaan. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 27, S. 15–134.
- Büchel, Josef (1932): Zur liechtensteinischen Bauordnung. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 32, S. 41–52.
- Büchel, Josef (1953): Der Gemeindennutzen im Fürstentum Liechtenstein (unter besonderer Berücksichtigung des Gemeindebodens). Triesen: Manuskript.
- Burgmeier, Markus (2011): Säckelmeister. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Säckelmeister> (Stand: 31.12.2011).
- Burmeister, Karl Heinz (1988): Die ländliche Gemeinde in Vorarlberg bis 1800. In: Die ländliche Gemeinde. Historikertagung in Bad Ragaz, 16.–18.X.1985. Bozen: Athesia, S. 139–157.
- Burmeister, Karl Heinz (2011a): Geschworene. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Geschworene> (Stand: 31.12.2011).
- Burmeister, Karl Heinz (2011b): Zwing und Bann. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: https://historisches-lexikon.li/Zwing_und_Bann (Stand: 31.12.2011).
- Cordes, A. (1993): Mark, -genossenschaft. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. VI, Sp. 298–300. Deutsches Rechtswörterbuch (DRW). Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache. Bisher erschienen: Bände I–XIII (1914–2018): Aachenfahrt bis Stegrecht. Weimar: Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger.
- Dilcher, G. (1989): Gemeinde. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. IV, Sp. 1209–1211.
- Faccani, Guido (2016): Die Ausgrabungen auf dem Kirchhügel von Bendern, Gemeinde Gamprin, Fürstentum Liechtenstein. Bd. 1: Kirche und angrenzender Friedhof, prähistorische und römische Funde. Mit Beiträgen von Verena Hasenbach und Mathias Seifert. Vaduz: Amt für Kultur, Fürstentum Liechtenstein, Archäologie.
- Fahrmeir, Andreas (2007): Kommune. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 6, Sp. 990–992.
- Fehrenbach, Elisabeth (1986): Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 12). 2., überarb. Auflage. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Friedeburg, Robert von (2000): Das Paradies des guten Bürgers. Reformiert: Die Bauernregeln von Peter Blickles Kommunalismus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.2000, S. 57.

- Frommelt, Fabian (1999): Das Dorf Triesen im Mittelalter. In: Arthur Brunhart (Hg.): Bausteine zur liechtensteinischen Geschichte. Studien und studentische Forschungsbeiträge, Bd. 1: Vaduz und Schellenberg im Mittelalter. Zürich: Chronos Verlag, S. 113–161.
- Frommelt, Fabian (2000): «...darauf hab ich ylentz ain Gemaindt jn der herrschafft Schellenberg zusamenn beruefft... ». Zu den Gerichtsgemeinden Vaduz und Schellenberg 1350–1550. Triesen: unpublizierte Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich.
- Frommelt, Fabian (2011a): Bauernkrieg. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Bauernkrieg> (Stand 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2011b): Kirchenpfleger (Kirchenmaier, Heiligenpfleger). In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/Kirchenpfleger_\(Kirchenmaier,_Heiligenpfleger\)](https://historisches-lexikon.li/Kirchenpfleger_(Kirchenmaier,_Heiligenpfleger)) (Stand 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2011c): Landschaft (Verfassung). In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/Landschaft_\(Verfassung\)](https://historisches-lexikon.li/Landschaft_(Verfassung)) (Stand 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2011d): Mauren: Mittelalter und frühe Neuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Mauren> (Stand: 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2011e): Spend. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Spend> (Stand: 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2011f): Steuern und Abgaben: Mittelalter und frühe Neuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: https://historisches-lexikon.li/Steuern_und_Abgaben (Stand: 31.12.2011).
- Frommelt, Fabian (2012): Stabilisierung durch Verpachtung. Krise, «Admodiation» und innere Verhältnisse der Grafschaft Vaduz vor 1712. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 111, S. 81–104.
- Frommelt, Fabian (2014): Kaiserliches Krisenmanagement in der Peripherie. Zur kaiserlichen Administration in Vaduz/Schellenberg (1684–1712). In: Fabian Frommelt (Hg.): Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert) (= Historische Forschungen, Bd. 100). Berlin: Duncker & Humblot, S. 63–95.
- Frommelt, Fabian (2016): Der Wiener Kongress (1814–1815) als Angelpunkt der staatlichen Entwicklung Liechtensteins. Bendern: Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, Nr. 58. Online: <http://dx.doi.org/10.13091/li-ap-58>.
- Frommelt, Fabian; Kindle, Konrad (2011): Triesen: Mittelalter und frühe Neuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Triesen> (Stand: 31.12.2011).
- Gassmann, Jens; Frommelt, Fabian (2011): Ruggell: Mittelalter und Frühneuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Ruggell> (Stand: 31.12.2011).
- Grimm, Jakob; Grimm, Wilhelm (1854–1971): Deutsches Wörterbuch. 33 Bände. Leipzig: dtv-Ausgabe.
- Grüniger, Sebastian (2005): Fronhof. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013700/2005-03-10/> (Version vom: 10.3.2005).
- Grüniger, Sebastian (2006): Grundherrschaft im frühmittelalterlichen Churrätien. Ländliche Herrschaftsreformen, Personenverbände und Wirtschaftsstrukturen zwischen Forschungsmodellen und regionaler Quellenbasis (= Quellen und Forschungen zur Bündner Geschichte, Bd. 15). Chur: Kommissionsverlag Desertina.
- Herrmann, Cornelia (2007): Die Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein. Neue Ausgabe II: Das Oberland. Bern: Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte.

- Hilbe, Herbert (2011): Triesenberg: Mittelalter und Frühneuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Triesenberg> (Stand: 31.12.2011).
- Hitz, Florian (2000): Gesellschaft und Wirtschaft im Spätmittelalter (Mitte 14. bis Ende 15. Jahrhundert). In: Handbuch der Bündner Geschichte. Bd. 1: Frühzeit bis Mittelalter. Chur: Verlag Bündner Monatsblatt, S. 215–243.
- Kaiser, Peter (1847): Geschichte des Fürstentums Liechtenstein. Nebst Schilderungen aus Chur-Rätien's Vorzeit. Chur: Verlag Friedrich Wassali. Neu hg. von Arthur Brunhart, Bd. 1: Text, Bd. 2: Apparat, 1989. Vaduz: Selbstverlag der Peter Kaiser Stiftung.
- Kaiser, Reinhold (2008): Churrätien im frühen Mittelalter. Ende 5. bis Mitte 10. Jahrhundert. 2., überarbeitete und ergänzte Auflage. Basel: Schwabe Verlag.
- Küng, Heribert (2011): Dreissigjähriger Krieg. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: https://historisches-lexikon.li/Dreissigjaehriger_Krieg (Stand: 31.12.2011).
- Malin, Georg (1953): Die politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein in den Jahren 1800–1815. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 53, S. 5–178.
- Marquardt, Bernd (2011): Gemeinde. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Gemeinde> (Stand: 31.12.2011).
- Marquardt, Bernd (2011a): Hintersassen. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Hintersassen>, (Stand: 31.12.2011).
- Näscher, Franz (2009): Beiträge zur Kirchengeschichte Liechtensteins. Bd. 1: Seelsorger in den Pfarreien. Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein.
- Nell, Job von (1987): Die politischen Gemeinden im Fürstentum Liechtenstein (= Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 12). Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Niederstätter, Alois (2014): Vorarlberg im Mittelalter (= Geschichte Vorarlbergs, Bd. 1). Innsbruck: Universitätsverlag Wagner.
- Ospelt, Alois (1972): Wirtschaftsgeschichte des Fürstentums Liechtenstein im 19. Jahrhundert. Von den napoleonischen Kriegen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 72, S. 1–423.
- Ospelt, Alois (1986): Das Bürgerrecht im Wandel der Zeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Gemeindegesetzes in Liechtenstein. In: Liechtensteinische Juristenzeitung, Jg. 7, S. 147–155.
- Ospelt, Alois (1990): Das Ruggeller Riet – Geschichte der Nutzung und des Besitzes. In: Naturmonographie Ruggeller Riet (= Berichte der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg, Bd. 18), S. 39–53.
- Ospelt, Alois (1999): 200 Jahre Gemeindegrenzen Schaan/Vaduz/Planken. Die Rechte am Boden, Fragen des Eigentums, des Besitzes und der Nutzung im Kirchspiel Schaan. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 98, S. 1–39.
- Ospelt, Alois (1999a): Pfarrei – Gemeinde – Pfarrgemeinde: Vermögensverhältnisse, Kirchengutsverwaltung und Kirchenrechnungsführung am Beispiel Vaduz. In: Herbert Wille; Georges Baur (Hg.): Staat und Kirche. Grundsätzliche und aktuelle Probleme (= Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 26). Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Ospelt, Alois (2010): Geschichte des Laienrichtertums in Liechtenstein. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 109, S. 19–114.
- Ospelt, Alois (2011): Kredit: Bis 1924. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Kredit> (Stand: 31.12.2011).

- Ospelt, Alois (2016): Vaduzer Landwirtschaft. Auszug aus dem Vaduzer Heimatbuch Band 2 «Lebensraum». Vaduz: Verein für Vaduzer Heimatkunde.
- Quaderer, Rupert; Frommelt, Fabian (2011): Schaan: Mittelalter und frühe Neuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Schaan> (Stand: 31.12.2011).
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.) (1985): Information zur Gemeindegeseztrevision. Darstellung der Grundsatzfragen samt Beilagen. Bearbeitet von der Kommission zur Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen zur Totalrevision des Gemeindegeseztzes. Vaduz: Regierung des Fürstentums Liechtenstein.
- Reinhard, Wolfgang (2002): Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. 3., durchgesehene Auflage. München: Verlag C. H. Beck.
- Rösener, Werner (1991): Bauern im Mittelalter. 4., unveränderte Auflage. München: Verlag C. H. Beck.
- Rösener, Werner (1992): Agrarwirtschaft, Agrarverfassung und ländliche Gesellschaft im Mittelalter (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 13). München: Oldenbourg.
- Rösener, Werner et al. (1989): Grundherrschaft. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. IV, Sp. 1739–1752.
- Sablonier, Roger (1984): Das Dorf im Übergang vom Hoch- zum Spätmittelalter. Untersuchungen zum Wandel ländlicher Gemeinschaftsformen im ostschweizerischen Raum. In: Ludwig Fenske (Hg.): Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag. Sigmaringen: Jan Thorbecke Verlag, S. 727–745.
- Saulle-Hippenmeyer, Immacolata (1997): Nachbarschaft, Pfarrei und Gemeinde in Graubünden 1400–1600 (= Quellen und Forschungen zur Bündner Geschichte, Bd. 7). Chur: Kommissionsverlag Bündner Monatsblatt/Desertina.
- Schamberger-Rogl, Karin (2002): «Landts Brauch, oder Erbrecht» in der «Vaduzischen Grafenschaft üblichen». Ein Dokument aus dem Jahr 1667 als Grundlage für landschaftliche Rechtssprechung. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 101, S. 1–127.
- Schiess Rütimann, Patricia M. (2015): Die historische Entwicklung des liechtensteinischen Gemeinderechts. Bendern: Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, Nr. 50. Online: <http://dx.doi.org/10.13091/li-ap-50>.
- Schindler, Jürgen (2011a): Eschen: Mittelalter und Frühneuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Eschen> (Stand: 31.12.2011).
- Schindler, Jürgen (2011b): Matt, Peter (um 1635–1702). In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/Matt,_Peter_\(um_1635-1702\)](https://historisches-lexikon.li/Matt,_Peter_(um_1635-1702)) (Stand: 31.12.2011).
- Schindler, Jürgen (2011c): Matt, Peter (1762–1821). In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/Matt,_Peter_\(1762-1821\)](https://historisches-lexikon.li/Matt,_Peter_(1762-1821)) (Stand: 31.12.2011).
- Schmale, Wolfgang (2011): Widerstand. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 14, Sp. 1052–1058.
- Schoch, Willi; Zangger, Alfred (2003): Zeiten der Wanderungen – Blüte des Mönchtums – Vorherrschaft des Adels. In: Sankt-Galler Geschichte 2003. Bd. 1: Frühzeit bis Hochmittelalter. St. Gallen: Amt für Kultur des Kantons St. Gallen, S. 189–261.
- Sele, Patrick (2011): Vaduz (Gemeinde): Mittelalter bis frühes 19. Jahrhundert. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/advanced/Vaduz_\(Gemeinde\)](https://historisches-lexikon.li/advanced/Vaduz_(Gemeinde)) (Stand: 31.12.2011).

- Stievermann, Dieter (2011): Brandisische Freiheiten. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: https://historisches-lexikon.li/Brandisische_Freiheiten (Stand: 31.12.2011).
- Stricker, Hans; Banzer, Toni; Hilbe, Herbert (1999): Liechtensteiner Namenbuch. Teil I: Die Orts- und Flurnamen des Fürstentums Liechtenstein, 6 Bände. Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein.
- Troßbach, Werner (2005): Ländliche Ämter. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, Sp. 315–317.
- Troßbach, Werner (2005a): Dorf. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Sp. 1087–1094.
- Troßbach, Werner (2005b): Dorfgemeinde. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Sp. 1095–1097.
- Tschugmell, Fridolin (1932): Gemeindevorgesezte von Mauren. 200 Jahre. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 32, S. 53–88.
- Tschugmell, Fridolin (o.J.): Gemeinde-Vorgesezte etc. von Trisen, 1406–1950. Triesen: Selbstverlag.
- Vogt, Paul (1994): Verwaltungsstruktur und Verwaltungsreformen im Fürstentum Liechtenstein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 92, S. 37–148.
- Vogt, Paul (1998): Das Balzner Förgggle. Ein Beitrag zur Geschichte des Balzner Wappens. In: Emanuel Vogt: Mier z'Balzers, Bd. III: Lebensart. Vaduz: Schalun Verlag, S. 485–490.
- Vogt, Paul (2011): Balzers. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Balzers> (Stand: 31.12.2011).
- Vogt, Paul (2019a): Die Dienstinstruktion von 1719. In: Rainer Vollkommer (Hg.): 300 Jahre Fürstentum Liechtenstein 1719–2019. Vaduz: Liechtensteinisches Landesmuseum, S. 86–99.
- Vogt, Paul (2019b): «Wann ein pauer zehen mahl recht hat, darf man ihm gleichwohl nicht recht lassen» Absolutistische Reformen und Widerstand (1719–1733). In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 118, S. 93–132.
- Voltmer, Rita (2008): Nachbarschaft. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8, Sp. 1007–1009.
- Wanger, Harald (1991): Die Pfarrei Schaan-Planken in Geschichte und Gegenwart. Beiträge zur Pfarreigeschichte. Festschrift zum 100-Jahr-Jubiläum der Pfarrkirche St. Laurentius. Schaan: Selbstverlag der Gemeinde Schaan.
- Wanger, Harald; Schindler, Jürgen (2011): Gamprin: Mittelalter und frühe Neuzeit. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Gamprin> (Stand: 31.12.2011).
- Wanger, Manfred (2006): Spurensuche in Planken. Eine Dorfchronik. Planken: Gemeinde Planken.
- Wille, Herbert (2011): Patronat (Kirchensatz). In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: [https://historisches-lexikon.li/Patronat_\(Kirchensatz\)](https://historisches-lexikon.li/Patronat_(Kirchensatz)) (Stand: 31.12.2011).
- Wille, Herbert (2012): Liechtenstein. In: Werner Daum (Hg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815–1847. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz.
- Wunder, Heide (1986): Die bäuerliche Gemeinde in Deutschland (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1483). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.